KAMMER aktuell

Informationen der Rechtsanwaltskammer Sachsen

Aktuelle Themen

Kammerversammlung 2013

In der Kammerversammlung am 25. März 2013 in Dresden stehen die Wahlen zum Vorstand an. Die Ankündigung der Kammerversammlung und Aufforderung zum Einreichen von Wahlvorschlägen finden sie ab Seite 3

Fortbildungspflicht nach Fachanwaltsordnung

Bis zum Jahresende ist die Erfüllung der Fortbildungspflicht als Fachanwalt gem. § 15 FAO nachzuweisen. Seite 14

Ausbildungsplatzentwicklung der RAK Sachsen

Das JOBSTARTER-Projekt der Rechtsanwaltskammer Sachsen zur Berufsorientierung und Ausbildungsplatzgewinnung endet. Mehr zum Inhalt und Ergebnissen finden Sie auf Seite 16

Fortbildungsprogramm für das Jahr 2013

Die Rechtsanwaltskammer Sachsen bietet auch im nächsten Jahr ein umfangreiches Fort- und Weiterbildungsprogramm an. Als Anlage zu diesem Heft erhalten sie den Seminkatalog für das Jahr 2013. Beiheft

Die Anwaltssignaturkarte:
Jetzt bestellen!

Aus dem Inhalt

EDITORIAL		3
AKTUELL	Ankündigung der Kammerversammlung 2013	4
	Wahl des Vorstandes am 25. März 2013	5
	Neue anwaltliche Beratungsstellen in Zwickau und Zittau eröffnet	5
ENTWICKLUNGEN	Abgabe der Umsatzsteuer-Voranmeldung nur noch mit elektronischem Zertifikat	6
	Einheitlicher Europäischer Zahlungsverkehrsraum	6
	Berufsbetreuervergütung künftig umsatzsteuerfrei	6
BERICHTE	56. Jahreskongress der Union Internationale des Avocats in Dresden	7
	134. Hauptversammlung der Bundesrechtsanwaltskammer in Augsburg	8
	10. Deutsch-Polnisches Anwaltsforum in Bad Muskau	9
MITTEILUNGEN	Neues aus Europa – Nachrichten aus Brüssel	10
	Unterlassungserklärungen gegenüber der RAK Sachsen	10
	Pressemitteilungen der RAK Sachsen	13
FACHANWALTSCHAFTEN	Nachweis der Fortbildungspflicht	14
	Fachanwaltsausschüsse der RAK Sachsen	14
RECHTSPRECHUNG	Berufsrechtliche Rechtsprechung	14
	Entscheidungen des OLG Dresden	16
AUS- & WEITERBILDUNG	JOBSTARTER-Projekt der Rechtsanwaltskammer Sachsen geht erfolgreich zu Ende	16
	Prüfungstermine Rechtsanwaltsfachangestellte bis 2016	17
	Aufstiegsfortbildung Geprüfter Rechtsfachwirt/Geprüfte Rechtsfachwirtin	19
TERMINE & VERANSTALTUNGEN	Neues aus dem Seminarwesen	20
PERSONALIEN		21
ANZEIGEN		24
IMPRESSUM		32
KONTAKT		34

Der neue Seminarkatalog 2013 liegt dieser Ausgabe bei.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

zu unseren anwaltlichen Grundpflichten gehört die kontinuierliche Fortbildung. Sie ist für die Ausübung unseres qualifizierten Berufes eine Selbstverständlichkeit. Die Erfüllung der Fortbildungsverpflichtung sichert die Qualität anwaltlicher Dienstleistungen. Die Fortbildungsverpflichtung für Rechtsanwälte erfüllt eine wesentliche Funktion für das Gemeinwohl und den Zugang zum Recht. Die allgemeine Fortbildungsverpflichtung für Anwälte ist in § 43a Abs. 6 BRAO normiert. Allerdings sieht unser Berufsrecht vor, dass nur Rechtsanwälte, die eine Fachanwaltsbezeichnung führen, die Erfüllung der Fortbildungsverpflichtung, die Voraussetzung für die kontinuierliche Führung der Fachanwaltsbezeichnung ist, der Rechtsanwaltskammer jährlich nachzuweisen haben, § 15 Abs. 3 FAO. Nach der Fachanwaltsordnung soll die Gesamtdauer der Fortbildung pro Fachgebiet jährlich 10 Zeitstunden nicht unterschreiten, § 15 Abs. 2 FAO.

Weil die Erfüllung der Fortbildungsverpflichtung durch die Anwaltschaft nicht nur ein wichtiges Qualitätsmerkmal unserer Berufsgruppe auf dem Markt der Rechtsdienstleistungen ist, sondern mit ihr auch im Wettbewerb mit übrigen Rechtsdienstleistern gewonnen werden kann, ist es schwer nachvollziehbar, dass nach bisherigem Berufsrecht nur die Rechtsanwälte, die eine Fachanwaltsbezeichnung führen wollen, einen Nachweis über die Erfüllung dieser Berufspflicht erbringen müssen. Sowohl für die einzelnen Anwälte aber auch für die gesamte deutsche Anwaltschaft wäre es hingegen von erheblichem Vorteil, wenn jeder Rechtsanwalt - und nicht nur Anwälte, die zur Führung einer Fachanwaltsbezeichnung berechtigt sind - die Erfüllung der Fortbildungsverpflichtung regelmäßig gegenüber der zuständigen Rechtsanwaltskammer dokumentierte. Die gesamte deutsche Anwaltschaft würde im internationalen Vergleich gewinnen, wenn sie damit werben könnte, die Erfüllung der Fortbildungsverpflichtung auch regelmäßig gegenüber ihrem Selbstverwaltungsorgan nachzuweisen. Hinsichtlich des deutschen Berufsrechts halte ich es daher für erstrebenswert, den Nachweis der Erfüllung der Fortbildungsverpflichtung nicht nur von Anwälten, die die Fachanwaltsbezeichnung führen, zu fordern. Andere freie Berufe in Deutschland, insbesondere die Heilberufe, aber auch ausländische Anwaltschaften in der Europäischen Union verfügen bereits über entsprechende Systeme und ein attraktives Fortbildungsangebot.

Natürlich können wir auch heute schon mit unserer Fortbildung werben, etwa mit dem Fortbildungszertifikat „Qualität durch Fortbildung“ der BRAK und der

Rechtsanwaltskammer. Dafür sind die Fortbildungsaktivitäten zu belegen. Bei der Zertifizierung werden die Teilnahme an Seminaren und Fachveranstaltungen ebenso angerechnet wie ein Fernstudium, eine Prüfertätigkeit oder das Veröffentlichlichen von Fachartikeln. Innerhalb von drei Jahren muss ein Rechtsanwalt mindestens 360 Punkte in den Modulen materielles Recht, Berufsrecht (einschließlich Kostenrecht und Berufshaftpflicht), Verfahrens- oder Prozessrecht sowie Betriebs-, Personal- oder Verhandlungsführung erarbeiten. Zusätzlich können über Besuche von Qualitätszirkeln und Gesprächskreisen sowie das Eigenstudium Punkte erworben werden.

Damit wir die uns obliegende Verpflichtung zur kontinuierlichen beruflichen Fortbildung erfüllen können, organisiert und bietet die Rechtsanwaltskammer Sachsen auch im Jahr 2013 wieder mannigfache Fortbildungsmöglichkeiten für uns Mitglieder und unsere Mitarbeiter an. Diesem Heft fügen wir den Seminar-katalog der beabsichtigten Fortbildungsveranstaltungen im Jahr 2013 bei. Bitte merken Sie sich die für Sie und Ihre Mitarbeiter interessanten Fortbildungsveranstaltungen vor und nutzen das Fortbildungsangebot unserer Kammer. Da wir es entsprechend der Nachfrage und den Tendenzen in Gesetzgebung und Rechtsprechung ständig aktualisieren, empfehle ich Ihnen, sich über die aktuellen Fortbildungsangebote auch auf der Homepage der Rechtsanwaltskammer unter www.rak-sachsen.de zu unterrichten.

Ihnen, Ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern wünsche ich ein erfolgreiches Jahresende, frohe Weihnachten sowie alles Gute für 2013.

Ihr

Dr. Martin Abend

Ankündigung der Kammerversammlung 2013

Die ordentliche Kammerversammlung der Rechtsanwaltskammer Sachsen findet statt am

Montag, den 25. März 2013, 14:00 Uhr,

im Quality Hotel Plaza Dresden, Königsbrücker Straße 121a, 01099 Dresden.

Wir bitten Sie, diesen Termin bereits jetzt vorzumerken.

Vorläufige Tagesordnung:

1. Eröffnung und Begrüßung durch den Präsidenten der Rechtsanwaltskammer Sachsen
2. Feststellung der Beschlussfähigkeit
3. Grußworte der Gäste
4. Jahresbericht des Präsidenten der RAK Sachsen für 2012
5. Aussprache zum Jahresbericht des Präsidenten
6. Kassenbericht des Schatzmeisters
7. Aussprache zum Kassenbericht des Schatzmeisters
8. Rechnungsprüferbericht
9. Beschlussfassung über
 - Entlastung des Vorstandes für das Geschäftsjahr 2012
 - Bestätigung des Kassenberichts des Schatzmeisters
10. Wahl des Vorstandes der Rechtsanwaltskammer Sachsen
11. Nachtragshaushalt 2013 und Beschlussfassung
12. Beschlussfassung über den Mitgliedsbeitrag für das Jahr 2014
13. Haushaltsplan 2014 und Beschlussfassung
14. Wahl der Rechnungsprüfer
15. Beschlussfassung über Änderung der Geschäftsordnung der Rechtsanwaltskammer Sachsen
16. Verschiedenes

Gemäß § 6 Abs. 3 der Geschäftsordnung der Rechtsanwaltskammer Sachsen sind alle Mitglieder der Rechtsanwaltskammer Sachsen aufgerufen, weitere Tagesordnungspunkte vorzuschlagen oder anzukündigen. Vorschläge und Anträge, die eingangsbefristet bis zum 18.01.2013 bei der Geschäftsstelle der Rechtsanwaltskammer Sachsen eingehen und die geforderten Unterschriften von mindestens 10 Mitgliedern tragen, werden in die Tagesordnung aufgenommen.

Wahl des Vorstandes am 25. März 2013

Die Kammerversammlung hat im Jahr 2013 gemäß § 89 Abs. 2 Nr. 1 in Verbindung mit §§ 64 ff. BRAO die Aufgabe, den Vorstand der Rechtsanwaltskammer Sachsen neu zu wählen. Gemäß § 68 Abs. 1 und 2 BRAO ist für die Hälfte der Mitglieder die Wahlperiode abgelaufen. Neu zu wählen sind 11 Vorstandsmitglieder. Gewählt werden kann nur, wer in einem ordnungsgemäß und rechtzeitig eingereichten Wahlvorschlag aufgeführt ist und ansonsten die Voraussetzungen der Wählbarkeit gemäß §§ 65 ff. BRAO erfüllt.

Das Mandat folgender Vorstandsmitglieder endet:

- Kerstin Bontschev, Dresden
- Peter Buhmann, Dresden
- Dr. Stephan Cramer, Dresden
- Dr. Bernd Gerber, Plauen
- Dr. Detlef Haselbach, Dresden
- Dr. Christoph Möllers, Dresden
- Dr. Christoph Munz, Dresden

- Gerhild Sailer, Leipzig
- Rudolf von Raven, Dresden
- Gabriele Wagner, Kamenz

Ein weiteres Vorstandsmandat endete durch Niederlegung gemäß § 69 Abs.1 Nr.2 BRAO zum 1.7.2012. Wir bitten alle Kolleginnen und Kollegen, bis zum

18. Januar 2013

Kandidatenvorschläge einzureichen. Die Wahlvorschläge müssen die Unterschriften von mindestens 10 Mitgliedern tragen und sollen eine kurze Vorstellung des Kandidaten enthalten, § 10 Abs. 2 GO RAK Sachsen. Die Vorschläge müssen der Geschäftsstelle der Rechtsanwaltskammer Sachsen bis zum 18. Januar 2013 schriftlich zugehen. Nach Ablauf dieser Frist können eingehende Wahlvorschläge nicht mehr berücksichtigt werden.

Jedes Mitglied der Rechtsanwaltskammer Sachsen kann mehrere Vorschläge

einreichen und unterstützen und sich auch selbst zur Wahl vorschlagen.

Um die Kandidatinnen und Kandidaten in der nächsten Ausgabe von KAMMERaktuell vorzustellen, sollten die Wahlvorschläge enthalten:

- Passfoto
- Vorstellung der/ des Kandidaten/in in Kurzform (max. halbe DIN A4-Seite) mit folgenden Angaben:
 - Geburtsdatum, Geburtsort
 - Beruflicher Werdegang
 - ggf. anwaltsbezogene Mitgliedschaften
 - ggf. berufspolitische Vorstellungen

Die konstituierende Sitzung des von der Kammerversammlung am 25. März 2013 neu gewählten Vorstandes findet am 10. April 2013, 14.00 Uhr in den Räumen der Geschäftsstelle der RAK Sachsen, Glacisstraße 6, 01099 Dresden statt.

Neue anwaltliche Beratungsstellen in Zwickau und Zittau eröffnet

Wie in der letzten Ausgabe von KAMMERaktuell angekündigt, eröffnete die RAK Sachsen und das Sächsische Staatsministerium der Justiz und für Europa am 11. September 2012 in Zwickau und am 20. November 2012 in Zittau weitere anwaltliche Beratungsstellen jeweils in den Rathäusern der Städte.

Auf unseren Aufruf zur Beteiligung meldeten sich für die Beratungsstelle in Zwickau 28 Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte und für die Beratungsstelle in Zittau 12 Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte.

Derzeit sind weitere Beratungsstellen weder seitens der Anwaltschaft noch des Justizministeriums geplant.

Seit Juni 2009 gibt es in Sachsen an folgenden Standorten anwaltliche Beratungsstellen:

Löbau: Amtsgericht Löbau, jeden Dienstag 15.30 bis 17.30 Uhr

Torgau: Amtsgericht Torgau, jeden Dienstag 15.30 bis 17.30 Uhr

Großenhain: Rathaus Großenhain, jeden Donnerstag 16.00 bis 18.00 Uhr

Limbach-Oberfrohna: Rathaus Limbach-Oberfrohna, jeden Dienstag 15.30 bis 17.30 Uhr

Bischofswerda: Stadtverwaltung Bischofswerda, jeden Donnerstag 16.00 bis 18.00 Uhr

Neustadt: Rathaus Neustadt Bürgerbüro, jeden Donnerstag 15.30 bis 17.30 Uhr

Dresden: Ortsamt Altstadt und Ortsamt Pieschen, jeden Donnerstag 16.00 bis 18.00 Uhr

Reichenbach: Rathaus Reichenbach, jeden Dienstag 16.00 bis 18.00 Uhr

Ein maßgeblicher Grund für die Beteiligung der RAK Sachsen ist, die Stellung des Rechtsanwaltes als berufener und unabhängiger Vertreter und Berater in allen Rechtsfragen zu stärken. Rechtssuchende Bürgerinnen und Bürger sollen gerade nicht an Schuldnerberatungsstellen, Jugendämter oder andere Behörden verwiesen werden.

Auch das Justizministerium hält an den Vorgaben der RAK Sachsen für das gemeinsame Projekt fest:

- Die Beratung in den anwaltlichen Beratungsstellen durch Mitglieder der Rechtsanwaltskammer Sachsen ist freiwillig.

- Die Beratungsstellen ergänzen lediglich die Gewährung von Beratungshilfe im Sinne von § 3 Abs. 1 BerHG.

- Die Beratung in den Beratungsstellen geht im Regelfall nicht über eine Erstberatung hinaus. Es ist auch möglich, dass die eigentliche Beratung in der Kanzlei des nach der Erstberatung frei gewählten Anwalts stattfindet.

Die Tätigkeit in der anwaltlichen Beratungsstelle wird nach wie vor mit 40,00 €/Stunde zzgl. USt. vergütet, beschränkt auf zwei Stunden pro Beratungstag.

Gern können Sie uns Ihre Bereitschaft zur Mitwirkung in den Beratungsstellen per E-Mail unter kathleen.kretzschmar@rak-sachsen.de mitteilen.

Umsatzsteuer-Voranmeldung 2013 nur mit elektronischem Zertifikat

Ab dem 1. Januar 2013 können die Umsatzsteuer-Voranmeldung, der Antrag auf Dauerfristverlängerung, die Anmeldung auf Sondervorauszahlung und die Lohnsteueranmeldung nur noch mit elektronischem Zertifikat an das zuständige Finanzamt übermittelt werden.

Unabhängig von der für die Übermittlung ausgewählten Software ist hierfür die Registrierung am ElsterOnline-Portal zwingend notwendig. Als Datenübermittler, zu denen neben Steuerberatern u.a. auch Rechtsanwälte zählen, muss man sich nur einmal registrieren. Mit einem Zertifikat können Übermittlungen sowohl in eigener Sache als auch für alle Mandanten in deren Auftrag ausgeführt werden.

Bitte beachten Sie, dass zum Ende des Jahres aufgrund des erhöhten Registrierungsaufkommens mit Wartezeiten zu rechnen ist. Um einen reibungslosen Ablauf zu gewährleisten und rechtzeitig auf

die neue Übermittlungsart vorbereitet zu sein, empfehlen wir, die Registrierung demnächst vorzunehmen.

Die Übermittlung der Steuerdaten erfolgt über das Internet. Sie benötigen neben dem notwendigen Internetzugang ein Steuer- bzw. Buchhaltungsprogramm, das ELSTER unterstützt. ELSTER kann grundsätzlich unter allen Betriebssystemen eingesetzt werden. ELSTER läuft auch unter Linux und Mac OS X und steht allen Software-Anbietern kostenlos zur Verfügung, die ELSTER in ihre Produkte integrieren möchten. Ob auch das von Ihnen eingesetzte Software-Produkt ELSTER unterstützt bzw. eine Implementierung geplant ist, können Sie beim Hersteller des jeweiligen Produkts erfragen.

Die Abgabe der Steuererklärungen, also auch Umsatzsteuer-Voranmeldung, und Lohnsteueranmeldung ist nicht per E-Mail möglich, sondern nur im Zu-

sammenhang mit Steuer- bzw. Buchhaltungsprogrammen. Ihre Steuererklärungsdaten werden verschlüsselt. Sie brauchen also keine Bedenken zu haben, dass unbefugte Ihre persönlichen Daten lesen können. ELSTER kann sowohl mit einem Proxyserver als auch mit einer Firewall verwendet werden. Um das Verfahren zu elektronischen Steuererklärungen (Elster) über DATEV nutzen zu können, können Sie sich unter www.datev.de informieren.

Weitere Informationen können Sie unter www.elster.de/faq bekommen.

*Peter Buhmann
Vorstand der RAK
Sachsen*

Einheitlicher Europäischer Zahlungsverkehrsraum

Angabe von BIC und IBAN bei der Geltendmachung von Vergütungs- und Aufwandsentschädigungsansprüchen nach Justizkostengesetzen ab 1. Januar 2013

Ab dem 1. Februar 2014 wird es in Europa den Einheitlichen Europäischen Zahlungsraum (Single Euro Payment Area – SEPA) geben. Zu diesem Zeitpunkt werden in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union und in weiteren europäischen Staaten die nationalen Verfahren für Überweisungen und Lastschriften abgeschaltet und die Instrumente SEPA-Überweisung und SEPA-Lastschrift, die bereits jetzt angeboten werden, verbindlich an deren Stelle treten; Kontonummer und Bankleitzahl, die bislang in Deutschland Verwendung finden, werden vollständig durch IBAN (International Bank Account Number) und BIC (Business Identifier Code) ersetzt. Um Vorreiter zu sein, wird der Freistaat Sachsen bereits mit Wirkung zum 1. Januar 2013 seinen Zahlungsverkehr vollständig auf SEPA-Instrumente umstellen.

Die Justizverwaltung bittet darum, bei der Geltendmachung von Vergütungs- und Aufwandsentschädigungsansprüchen gegenüber dem Freistaat – z.B. als Dozent in der Juristenausbildung, auf Rechnungen die BIC und IBAN anzugeben. Dadurch wird den zuständigen Mitarbeitern der Gerichte und Justizbehörden des Freistaates Sachsen die Bearbeitung der Rechnungen erleichtert und die Abwicklung des Zahlungsverkehrs beschleunigt; was auch im Interesse der Anspruchsteller sein dürfte.

Berufsbetreuervergütung künftig umsatzsteuerfrei

Nach einer Pressemitteilung des Bundesministeriums der Justiz vom 19.10.2012 konnte im Rahmen der Verhandlungen zum Jahressteuergesetz 2013 eine Einigung zur Umsatzsteuerfreiheit der Berufsbetreuervergütung erzielt werden.

Berufsbetreuer erhalten eine Vergütung nach dem Gesetz über die Vergütung von Vormündern und Betreuern. Bislang unterliegt diese Vergütung in der Regel der Umsatzsteuerpflicht. Im Jahr 2005 wurde eine Pauschalvergütung eingeführt. In diese Pauschale wurde auch die gesetzliche Umsatzsteuer rechnerisch mit einbezogen. Denn es sollte nicht jede (steuer-)gesetzliche Änderung zugleich die Abrechnungsgrundlage verändern.

Die nunmehr gefundene Einigung der Koalition zur Änderung im Jahressteuergesetz 2013 hat zur Folge, dass sämtliche Betreuungseleistungen von Berufsbetreuern außerhalb ihres sonstigen Berufs oder Gewerbes (beispielsweise als Rechtsanwalt oder Steuerberater für den Betreuten) von der Umsatzsteuer befreit werden. Diese Umsatzsteuerbefreiung führt faktisch zu einer deutlichen Erhöhung der Vergütung der Berufsbetreuer. Denn die Pauschalvergütung, von der bislang die Umsatzsteuer abgeführt werden muss, steht künftig netto zur Verfügung. Als Beispiel: Der Einkommenszuwachs beträgt künftig in der höchsten Vergütungsstufe (Stundensatz von 44 €) 7,02 € pro Stunde.

56. Jahreskongress der Union Internationale des Avocats in Dresden

Lutz Maaß, Präsident des Sächsischen Anwaltsverbandes, bei seinem Grußwort (weiter v.l.n.r.: Peter Altemeier (DAV), 2. Vizepräsident des Sächsischen Landtages Horst Wehner, Dr. Martin Abend)

Vom 31. Oktober bis 4. November 2012 trafen sich in Dresden zum Jahreskongress einer der größten internationalen Anwaltsvereinigungen – der Union Internationale des Avocats (UIA) – rund 1.000 Teilnehmer aus über 70 Ländern.

Nach Miami 2011 und vor Macao 2013 bot die Veranstaltung Anwälten aus aller Welt Gelegenheit zum Gedankenaustausch und zur Zusammenarbeit in allen international relevanten Themen, insbesondere in den Bereichen Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte.

Im Mittelpunkt standen Diskussionsrunden in mehr als 40 Arbeitsgruppen zu den Hauptthemen „Globale Märkte versus Protektionismus“, „Verhältnis Religion zu Recht“ und „Die Beziehung des Anwalts zu seinem Mandanten“. Im Rahmen des Kongresses fanden insgesamt über 45 Einzelveranstaltungen statt.

Die Union Internationale des Avocats (UIA) ist eine 1927 gegründete weltweite Anwaltsvereinigung. In ihr sind heute über 200 Anwaltsvereinigungen Mitglied, die rund zwei Millionen Rechtsanwälte vertreten. Weitere Einzelmitglieder der UIA kommen aus über 110 Staaten. Weitere Einzelheiten zu der Vereinigung finden Sie unter www.uianet.org

Der Jahreskongress war Anlass für die Rechtsanwaltskammer Sachsen, die Bundesrechtsanwaltskammer und den Sächsischen Anwaltverband, alle deutschsprachigen Teilnehmer und Vertreter europäischer Anwaltsverbände und –organisationen zu einem Empfang in den Sächsischen Landtag einzuladen. Die Schirmherrschaft der Veranstaltung übernahm der Sächsische Landtagspräsident Dr. Matthias Rößler.

Impressionen der Veranstaltung

Axel C. Filges beim Tätigkeitsbericht

Hansjörg Staehle (Präsident der RAK München), Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Axel C. Filges

134. Hauptversammlung der Bundesrechtsanwaltskammer in Augsburg

Am 19. Oktober 2012 trafen sich alle Rechtsanwaltskammern und die Bundesrechtsanwaltskammer (BRAK) zur 134. Hauptversammlung in Augsburg. Turnusgemäß berichtete der Präsident der BRAK, Axel C. Filges, über die Arbeit des letzten halben Jahres. Vertreter der Ausschüsse und der Rechtsanwaltskammern berichteten u.a. über den Stand des Gesetzgebungsvorhabens des 2. Kostenrechtsmodernisierungsgesetzes, des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des PKH- und Beratungshilferechts, die Stellung des Syndikusanwaltes und das

europäische Rechtsanwaltsregisters Find a lawyer.

Beschlüsse fasste die Versammlung u.a. zu den Auskunftspflichten in Beschwerdeverfahren der Rechtsanwaltskammern und wird eine Änderung des § 73 Abs. 3 BRAO beim Gesetzgeber anregen. Weiterhin sprachen sich die Teilnehmer dafür aus, die Umsetzung des Mediationsgesetzes im Hinblick auf die Voraussetzungen für einen zertifizierten Mediator weiter zu begleiten.

Dank gebührt der Rechtsanwaltskammer München als Ausrichterin der BRAK-Hauptversammlung. Sowohl der Begrüßungsabend im Ratskeller des Augsburger Rathauses als auch der Festabend im historischen Theatersaal des Kurparks fanden in einem wunderbaren Ambiente statt und waren perfekt organisiert. Die Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger versprach in ihrer Rede auf dem Festabend, dass sie sich dafür einsetzen wird, dass das 2. Kostenrechtsmodernisierungsgesetz in dieser Legislatur noch umgesetzt wird.

Festabend im Kurparktheater

Blick in die Hauptversammlung

10. Deutsch-Polnisches Anwaltsforum in Bad Muskau

Als Ausdruck einer lang gewachsenen Zusammenarbeit und Freundschaft fand in diesem Jahr zum zehnten Mal das Deutsch-Polnische Anwaltsforum statt. Bei prächtigstem Herbstwetter trafen sich am 12. und 13. Oktober in Bad Muskau Rechtsanwälte, Advokaten und Rechtsberater der Kammern aus Wrocław, Jelenia Góra und Wałbrzych und Sachsen, um sich zu Themen des Verkehrs-, Transportrechts und der Arbeitnehmerüberlassung auszutauschen.

Zusammen mit der Staatsanwaltschaft Görlitz fand bereits am Vormittag des 12. Oktober 2012 im Schwurgerichtssaal des Landgerichtes Görlitz eine Prozesssimulation statt. Die Anwesenden konnten einen verkehrsrechtlichen Strafprozess sowohl nach deutschem wie auch nach polnischem Prozessrecht erleben. Daran nahmen auch tschechische und polnische Staatsanwälte und Richter teil. Wir danken allen Mitwirkenden, die durch ihren vollen Einsatz ermöglichten, einen anschaulichen und höchst kurzweiligen Eindruck des jeweils anderen Verfahrensrechts zu schaffen.

Der Fürst-Pückler-Park in Bad Muskau war ein wunderschöner Rahmen für das Seminarprogramm am Sonnabend. Am Begrüßungsabend zuvor fanden die Teilnehmer des Forums ausreichend Möglichkeit zum gegenseitigen Austausch und Kennenlernen.

Mitstreiter der ersten Stunde: Aleksander Szpilarewicz (2.v.l.), Marian Kowol (4.v.l.), Dr. Günter Kröber (5.v.l.)

Blick ins Auditorium

Neues Schloss im Fürst-Pückler-Park Bad Muskau

Unterlassungserklärungen gegenüber der RAK Sachsen

Folgende strafbewehrte Unterlassungserklärung wurde am 04.10.2012 abgegeben:

Herr Hans-Joachim Hentschel,
Hoyerswerdaer Straße 67,
01917 Kamenz,

verpflichtet sich gegenüber der Rechtsanwaltskammer Sachsen es ab sofort zu unterlassen, die rechtlichen Interessen Dritter zu vertreten oder Dritte in rechtlichen Angelegenheiten zu beraten, soweit ihm diese Tätigkeiten nicht nach dem Rechtsdienstleistungsgesetz gestattet sind.

Folgende strafbewehrte Unterlassungserklärung wurde am 08.10.2012 abgegeben:

Der Rechtshaus Sachsen e. V.,
vertr. d. d. Rechtsanwalt Franz-
Ludwig Kopinski, Käthe-Kollwitz-
Straße 5, 04109 Leipzig,

verpflichtet sich gegenüber der Rechtsanwaltskammer Sachsen es ab sofort zu unterlassen, in Zeitschriften, Zeitungen, im Internet oder in sonstigen Medien werbend dergestalt aufzutreten, dass es für das rechtssuchende Publikum nicht eindeutig erkennbar ist, dass die angebotenen Rechtsdienstleistungen ausschließlich Mitgliedern des Rechtshaus Sachsen e. V. zur Verfügung stehen.

Folgende strafbewehrte Unterlassungserklärung wurde am 21.09.2012 abgegeben:

Die Bertholdt Karosserie & Lack
GmbH, vertr. d. d. Geschäftsführer
K. und J. Bertholdt,
Tornaer Straße 42, 01237 Dresden

verpflichtet sich gegenüber der Rechtsanwaltskammer Sachsen es ab sofort zu unterlassen, mit den Aussagen „Unfall? Wir kümmern uns um alles Weitere“ sowie „Wir führen den Schadensdialog der Versicherung“ zu werben und die rechtlichen Interessen Dritter zu vertreten oder Dritte in rechtlichen Angelegenheiten zu beraten, soweit diese Tätigkeiten nicht nach dem Rechtsdienstleistungsgesetz gestattet sind.

Neues aus Europa – Nachrichten aus Brüssel

ZUSTÄNDIGKEIT FÜR VERBRAUCHERKLAGEN KONKRETISIERT – EUGH

Verbraucher können Unternehmen eines anderen Mitgliedstaates auch dann in ihrem Wohnsitzstaat verklagen, wenn der streitige Vertrag nicht im Fernabsatz geschlossen wurde. Dies entschied der EuGH am 6. September 2012 in der Rs. C-190/11 zur Auslegung der Brüssel I-Verordnung. Eine österreichische Verbraucherin hatte in Hamburg einen PKW erworben, nachdem sie im Internet auf den dortigen KFZ-Handel der Beklagten aufmerksam geworden war. Das Vertragsangebot war ihr per Telefon und E-Mail übermittelt worden. Als das Fahrzeug nach der Rückkehr in Österreich Mängel aufwies und die Nacherfüllung verweigert wurde, klagte die Verbraucherin vor dem Gericht ihres Wohnortes. Der EuGH entschied, dass die Zuständigkeit in Verbrauchersachen gemäß Art. 15 Abs. 1 lit. c der Verordnung nicht auf Fernabsatzverträge beschränkt sei. Eine solche Einschränkung ergebe sich nicht aus dem Wortlaut der Norm und liefe dem Verbraucherschutz als Zweck der Vorschrift zuwider. Unerheblich für die Zuständigkeit der österreichischen Gerichte war damit der Umstand, dass sich

die Verbraucherin zum Vertragsabschluss nach Deutschland begeben hatte. Obwohl das Vorlagegericht die Ausrichtung der unternehmerischen Tätigkeit auf den Wohnsitzstaat der Verbraucherin bereits bejaht hatte, betonte der EuGH diese erneut als notwendige Voraussetzung des Art. 15 I c der Verordnung (vgl. Rs. C-585/08 und C-144/09).

AUSSCHUSS FÜR NORMUNG FREIER BERUFE – PARLAMENT

Das Europäische Parlament hat am 11. September 2012 die im Bericht des Ausschusses für Binnenmarkt und Verbraucherschutz (IMCO) vorgesehenen Änderungen an dem Verordnungsvorschlag der Kommission zur europäischen Normung KOM(2011) 315 angenommen. Demnach wird eine Normung des Dienstleistungssektors befürwortet. Trotz der Unzugänglichkeit des kreativen und intellektuellen Leistungsbereichs der freien Berufe sieht der Bericht insbesondere auch den Einbezug dieser Berufe in den Anwendungsbereich des Verordnungsvorschlags vor.

BEWERTUNG FREIE BERUFE / BINNENMARKTAKTE II – KOMMISSION

Im zwanzigsten Jahr des Binnenmarktes hat die Kommission mit der Binnenmarktakte II (Mitteilung KOM(2012) 573) ein weiteres Maßnahmenpaket zur Fortentwicklung des Binnenmarktes vorgelegt. Aufbauend auf der Binnenmarktakte I (KOM(2011) 206, s. EiÜ 22/11), für die im Anhang II der Mitteilung eine Übersicht zum Stand der Maßnahmen enthalten ist, werden zwölf weitere vorrangige Maßnahmen vorgestellt. So sollen vollständig integrierte Netze im Eisenbahn-, Luft- und Seeverkehr sowie die Integration des Energiemarktes erreicht werden. Die grenzüberschreitende Mobilität von Bürgern und Unternehmen ist u.a. durch eine Modernisierung des Insolvenzrechtes angestrebt. Schließlich werden Vorschläge zur Vollendung des digitalen Binnenmarktes bis 2015 in Aussicht gestellt. Unter Bezug auf den Aktionsplan der Kommission zur Dienstleistungsrichtlinie vom 8. Juni 2012 (s. EiÜ 22/12) seien Kommission und Mitgliedstaaten aufgefordert, besondere Aufmerksamkeit der gegenseitigen Bewertung der Vorschriften für reglementierte Berufe zu widmen. In diesem Zu-

sammenhang ist auch die Ausschreibung einer Studie der Kommission zu den Anforderungen an Rechtsformen und Beteiligungen um EU-Dienstleistungssektor und ihrer wirtschaftlichen Bedeutung zu sehen. Schließlich soll eine Stärkung des sozialen Zusammenhalts und des Verbrauchervertrauens etwa durch verbesserte Kohärenz von Vorschriften zur Produktsicherheit und der Transparenz von Bankinformationen erreicht werden. Alle Vorschläge bezüglich der legislativen Leitaktionen sollen bis zum Frühjahr 2013 vorgelegt werden, alle nicht legislativen Vorschläge bis Ende 2013. Der Rat und das EU-Parlament sind aufgefordert, die legislativen Vorschläge vorrangig zu behandeln und bis zum Frühjahr 2014 anzunehmen.

EU-STRATEGIE ZUM CLOUD COMPUTING – KOMMISSION

Wegen der vielen mit Cloud Computing verbundenen Vorteile soll Europa „Cloud-aktiv“ werden. Ihre Strategie hierzu legte die Kommission am 27. September 2012 in ihrer Mitteilung KOM(2012) 529 zur Freisetzung des Cloud Computing-Potenzials in Europa vor (s. EiÜ 06/11). Ziel sei keine „europäische Super-Cloud“, aber eine schnellere und einheitlichere Übernahme der Cloud-Technik in Unternehmen, Organisationen und öffentlichen Verwaltung in Europa. Dies erfordere zunächst eine rasche Verabschiedung bereits auf den Weg gebrachter Initiativen, wie etwa der Datenschutzreform (s. EiÜ 33/12) oder des gemeinsamen europäischen Kaufrechts (s. EiÜ 34/12). Gleichzeitig will die Kommission Cloud-spezifische Maßnahmen im Rahmen von drei „Schlüsselaktionen“ verfolgen. So soll die breitere Verwendung von Normen, z.B. für Sicherheit, Interoperabilität und Datenübertragbarkeit, erreicht werden. Dazu gehört auch eine EU-weite freiwillige Zertifizierung. Daneben sollen den bislang als unpräzise und unausgewogen empfundenen Standard-Vertragsbedingungen der Anbieter sichere und faire EU-Muster-Vertragsbedingungen entgegengestellt werden. Dies hatte der DAV in seiner Stellungnahme Nr. 43/2011 insbesondere bezüglich Service Level Agreements gefordert. Außerdem sollen die bisherigen nationalen Cloud-Initiativen des öffentlichen Sektors (in Deutschland beispielsweise die Trusted Cloud) unter das Dach einer

Europäischen Cloud-Partnerschaft gefasst werden. Über den Fortschritt der Maßnahmen will die Kommission Ende 2013 berichten. Auf etwaige Probleme der rechtlichen Vereinbarkeit des Cloud Computing mit dem Berufsgeheimnis (z.B. mit Blick auf § 203 StGB) geht die Strategie nicht ein.

EVALUATION DER JUSTIZSYSTEME IN EUROPA – EUROPARAT

Die Europäische Kommission für die Wirksamkeit der Justiz (CEPEJ) des Europarats hat am 20. September ihren 5. Evaluierungsbericht (PDF, 19 MB) der europäischen Justizsysteme vorgestellt. Dieser Bericht liefert eine detaillierte und vergleichende Übersicht zum Funktionieren der Justiz in 46 europäischen Staaten und zeigt die wichtigsten Trends der Entwicklung der Justiz in Europa (der 47 Mitgliedstaaten des Europarats mit Ausnahme von Liechtenstein) auf. Dabei werden auf Grundlage von durch die Mitgliedsstaaten gemeldeter Daten aus 2010 unterschiedliche Bereiche beleuchtet. Dazu gehören die öffentlichen Ausgaben für die Justiz einschließlich der Prozesskostenhilfe, der Zugang zum Recht, die alternative Streitbeilegung, die Organisation der Justiz und Verteilung der Gerichte, der Verwaltung des Fallaufkommens bei den Gerichten, den Einsatz neuer Technologien in Gerichtsverfahren und die Verfahrensdauern. Auch die in der Justiz vertretenen Berufsgruppen werden eingehend untersucht, wobei das Kapitel über die Anwaltschaft u.a. statistische Auskünfte über die Zahl der Anwälte, deren berufsrechtliche Organisation und Ausbildung gibt. Der Bericht ist an politische Entscheidungsträger, Juristen und Wissenschaftler zur Analyse der Entwicklung der Justizsysteme gerichtet.

NEUFASSUNG DER BRÜSSEL I-VERORDNUNG – PARLAMENT

Der Rechtsausschuss hat am 11. Oktober 2012 einstimmig einen Bericht zum Vorschlag der Kommission KOM(2010) 748 für eine Neufassung der Verordnung 44/2001/EG über gerichtlichen Zuständigkeit und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen (Brüssel-I) angenommen (s. EiÜ 23/12 38/11; 32/11; 44/10). Dieser ist das Ergebnis der interinstitutionellen Verhand-

lung vom September 2012. Eine endgültige Abschaffung des Exequaturverfahrens, allerdings unter Berücksichtigung der bisher in Art. 34 (jetzt Art. 48 Verordnungs-Entwurf) normierten Garantien, steht somit unmittelbar bevor. Der angenommene Kompromiss enthält des Weiteren auch die Regelung, dass die in Gerichtsstandvereinbarungen bezeichneten Gerichte vorrangig über ihre eigene Zuständigkeit zu entscheiden haben. In den Anwendungsbereich der Verordnung sollen künftig auch einstweilige Maßnahmen einschließlich Sicherungsmaßnahmen fallen, mit Ausnahme von entsprechenden Maßnahmen, die ohne Vorladung des Beklagten angeordnet wurden. Eine Rückausnahme soll jedoch gelten, wenn das betreffende Urteil dem Beklagten vor der Vollstreckung zugestellt wurde. Ursprünglich vorgesehene Ausnahmeregelungen, die die Durchführung des Exequaturverfahrens in Fällen von Persönlichkeitsverletzungen und bei kollektivem Rechtsschutz beibehalten hätten, sind letztlich gestrichen worden. Dies gilt auch für die Bestimmungen, die das Verhältnis zwischen Schiedsverfahren und Gerichtsverfahren regelten.

GEMEINSAMES EUROPÄISCHES KAUFRECHT – PARLAMENT

Der Rechtsausschuss ist mit dem Verordnungsvorschlag KOM(2011) 635 über ein gemeinsames Europäisches Kaufrecht vom 11. Oktober 2011 (s. EiÜ 25/12, 22/12, 17/12) befasst. In einem Arbeitsdokument vom 8. Oktober 2012 hebt er hervor, dass die Verordnung primär einen sehr hohen Verbraucherschutz zum Ziel habe, der mindestens den nationalen Vorschriften gleichkommen sollte. Die Beziehung zur sog. Rom-I-Verordnung müsste demnach noch deutlicher klargestellt werden. Zudem führe die Herausnahme von Verträgen zwischen KMU aus dem Anwendungsbereich der Verordnung zu zusätzlicher Unsicherheit, insbesondere bei Vertragspartnern von vermeintlichen KMU. Die Verordnung sollte nicht nur für grenzüberschreitende, sondern auch für innerstaatliche Verträge gelten, da die Grenze aufgrund der ständig fortschreitenden Technologien und des Internets langsam verschwinde. Wenn der Geltungsbereich nur auf Online- oder Fernabsatzgeschäfte begrenzt sein soll, müsse dies zudem deutlich hervorgehoben werden. Ebenso sei zu un-

tersuchen, ob auch gemischte und kreditähnliche Verträge in den Anwendungsbereich mit einbezogen werden sollten.

UNLAUTERE GESCHÄFTSPRAKTIKEN – EUGH

Einem Verbraucher darf nicht der Eindruck vermittelt werden, er hätte einen Preis gewonnen, wenn ihm Kosten auferlegt werden, um diesen in Anspruch nehmen zu können oder die Natur des Preises zu erfahren. Dies hat der Europäische Gerichtshof (EuGH) am 18. Oktober in der Rechtssache C-428/11 nach Vorlage eines britischen Gerichts über die Auslegung von Nr. 31 des Anhang I der Richtlinie 2005/29/EG entschieden. Unternehmen hatten Verbrauchern Werbung mit einer Benachrichtigung über einen Preisgewinn geschickt. Nur per Anruf oder SMS an einen Mehrwertdienst bzw. den Postweg konnten Verbraucher etwas über den Inhalt des Preises erfahren oder ihn in Anspruch nehmen. Bei Reisegewinnen waren notwendige Leistungen mit beträchtlichen Kosten zusätzlich zu zahlen. Der Gerichtshof entschied, dass „fälschlicher Eindruck“ in der genannten Norm kein eigenständiges Merkmal sei, sondern durch den Wortlaut der Regelung konkretisiert werde. Das Verbot solcher unlauterer Geschäftspraktiken gelte absolut und sei daher auch einschlägig, wenn nur geringfügige Kosten entstehen. Eine daneben bestehende kostenlose Kontaktmöglichkeit führe nicht zur Heilung. Nur so können nach dem EuGH die Rechtssicherheit für das reibungslose Funktionieren des Binnenmarkts und ein hohes Verbraucherschutzniveau als Ziele der Richtlinie gewährleistet werden.

EUROPÄISCHES VERWALTUNGSVERFAHRENSGESETZ – PARLAMENT

Der Rechtsausschuss nahm am 6. November 2012 den Initiativberichtsentwurf 2012/2024(INI) bezüglich eines Gesetzes über Verwaltungsverfahren der EU mit leichten Änderungen an (s. EiÜ 27/12). Der Bericht, in den sowohl Änderungsanträge des Rechtsausschusses als auch Positionen aus der Stellungnahme des Ausschusses für konstitutionelle Fragen und der Stellungnahme des Petitionsausschusses eingeflossen sind, fordert die Kommission zur Vorlage eines Verordnungsvorschlags über eine Ver-

waltungsverfahrensordnung der EU auf. Das Plenum soll am 13. Dezember 2012 abstimmen.

VERORDNUNG ZUR VORLÄUFIGEN KONTENPFÄNDUNG – PARLAMENT

Der Rechtsausschuss sieht in dem Kommissionsvorschlag über eine Verordnung zur vorläufigen Kontenpfändung KOM(2011) 445 eine gute Alternative zu den einzelstaatlichen Sicherungsverfahren (s. EiÜ 28/11). Im Rahmen einer Aussprache am 6. November 2012 wurde zwar das schnelle und leichte Verfahren befürwortet, dennoch müssten auch die Interessen des Schuldners ausreichend berücksichtigt werden. Vor allem dürfe die Offenlegung von Informationen über das Konto des Schuldners nicht dem Datenschutz zuwiderlaufen. Berichterstatte Raffaele Baldassarre plant, dem Ausschuss bis Ende November 2012 seinen Berichtsentwurf vorzulegen.

BERICHT ZUR GRUNDRECHTELAGE DER EU – PARLAMENT

Am 6. November 2012 hat der Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres einen Initiativberichtsentwurf, (Änderungsanträge 1-200, 201-459) zur Lage der Grundrechte in der EU 2010-2011 angenommen. Darin werden die Institutionen der EU aufgefordert, im Legislativverfahren noch stärker auf die Vereinbarkeit mit der Grundrechte-Charta zu achten. Insbesondere beim Schutz von Minderheiten, im Bereich der sexueller Ausrichtung und Geschlechtsidentität und im Asyl- und Migrationsrecht sieht der Bericht noch Bedarf zur Verbesserung des Grundrechtsschutzes. Die Mitgliedstaaten werden aufgefordert, gleichen Zugang zur Justiz zu gewährleisten und derzeit bestehende Hindernisse, etwa bezüglich der Verfahrensdauer, der Prozesskosten, des Mangels an effektiven Rechtsbehelfen (insbesondere im Asylrecht) und fehlendem rechtlichen Gehör abzubauen. Die Verfahrensrechte von Angeklagten und Opfern sollen durch starke EU-weite Standards verbessert werden, die Kommission soll hierzu auch den Fahrplan zur Stärkung der Verfahrensrechte (s. EiÜ 37/09) fertigstellen. Die Mindestschutzgarantien für Verteidigungsrechte werden als unzureichend kritisiert.

RÜCKNAHME DER GEPLANTEN MONTI II - VERORDNUNG

Die Europäische Kommission hat am 12. September 2012 den Vorschlag für eine Verordnung über die Ausübung des Rechts auf Durchführung kollektiver Maßnahmen im Kontext der Niederlassungs- und der Dienstleistungsfreiheit (Monti-II-Verordnung) zurückgenommen, nachdem 12 nationale Parlamente, darunter Frankreich, die Niederlande und Großbritannien eine Subsidiaritätsrüge eingereicht hatten. Zwei Entscheidungen des EuGH aus dem Jahre 2007 (C-438/05 und C-341/05) hatten gewerkschaftliche Aktionen als unvereinbar mit der Niederlassungs- und Dienstleistungsfreiheit erklärt. Die auf europäischer Ebene bestehende Entsenderichtlinie trifft zu diesem Spannungsverhältnis keine Aussage. Der Verordnungsvorschlag sollte das Grundrecht auf kollektive Maßnahmen auf europäischer Ebene sichern. Der im Mai 2012 veröffentlichte Verordnungsvorschlag sah jedoch lediglich eine Abwägung des Streikrechts gegenüber der Dienst- und Niederlassungsfreiheit vor, sodass die rügenden Mitgliedstaaten das teilweise grundrechtlich verankerte Recht auf kollektive Maßnahmen nicht ausreichend berücksichtigt sahen.

EP VERABSCHIEDET RICHTLINIE FÜR MINDESTSTANDARDS IM OPFERSCHUTZ

Am 12. September 2012 hat das Plenum des EP den mit dem Rat der Europäischen Union und der Europäischen Kommission ausgehandelten Kompromisstext zum Richtlinienvorschlag über Mindeststandards für die Rechte und den Schutz von Opfern von Straftaten und Opferhilfe angenommen. Allen Opfern von Straftaten sollen europaweit derselbe Schutz und dieselben Rechte zustehen. Nach einer auf die persönlichen Verhältnisse des Opfers abgestimmten Begutachtung soll den Opfern eine an ihre spezifischen Bedürfnisse angepasste Hilfe angeboten werden. Opfer und deren Familien sollen Opferschutzeinrichtungen, die psychologische und auch rechtliche Beratung anbieten, kostenlos in Anspruch nehmen können. Der Rat muss nun noch den Text offiziell verabschieden.

JUSTIZKOMMISSARIN REDING PLANT ÜBERWACHUNG DER RECHTSSTAATLICHKEIT

Vor dem Hintergrund der Angriffe auf die Rechtsstaatlichkeit in Ungarn und Rumänien im Laufe des vergangenen Jahres erläuterte Justizkommissarin Viviane Reding im Plenum des EP am 12. September 2012 ihren Plan für eine Evaluierung der Justizsysteme in den 27 EU-Mitgliedstaaten. Der Mechanismus für die Prüfung der Wirksamkeit, Solidität und Zuverlässigkeit der europäischen Justizsysteme könnte in das „Europäische Semester“ eingegliedert werden. Das Europäische Semester ist ein jährlicher Zyklus für die Koordinierung der Wirtschaftspolitik. Jedes Jahr nimmt die Kommission eine eingehende Analyse der Wirtschafts- und Strukturreformprogramme der EU-Länder vor und gibt ihnen Empfehlungen für die nächsten 12 bis 18 Monate.

Eine Evaluierung der Rechtsstaatlichkeit würde zwar keine Sanktionen zur Folge haben, würde aber Missstände aufzeigen und die betroffenen Staaten könnten benannt und Kritik ausgesetzt werden.

EUROPÄISCHE KOMMISSION MAHNT ANWÄLTE UND NOTARE IN UNGARN UND LUXEMBURG

Die Europäische Kommission hat am 27. September 2012 Ungarn und Luxemburg aufgefordert, die Niederlassungsfreiheit uneingeschränkt zu gewährleisten. Ungarn wurde aufgefordert, das Staatsangehörigkeitsprinzip für Notare abzuschaffen. Seit dem Urteil des Europäischen Gerichtshofs vom 24. Mai 2011 (C-54/08) sei die Tätigkeit von Notaren nicht von der Ausnahmeregelung des Artikel 51 AEUV gedeckt, nach der die Mitgliedstaaten Tätigkeiten, die in einem Mitgliedstaat dauerhaft oder zeitweise mit der Ausübung öffentlicher Gewalt verbunden sind, Staatsangehörigen vorbehalten können. Auch wenn Notare in Ungarn in einigen Streitfällen Entscheidungen treffen können, die Gerichtsbeschlüssen gleichgestellt sind, reicht dies nach Auffassung der Kommission nicht aus, um den Vorbehalt der Staatsangehörigkeit zu rechtfertigen.

Im Falle Luxemburgs fordert die Kommission die Gewährleistung der ungehinderten Niederlassung von Anwälten. In Luxemburg können Anwälte derzeit

nur tätig werden, wenn sie Französisch, Deutsch und Luxemburgisch beherrschen. Dies ist laut Kommission nicht erforderlich, da es mildere, gleich geeignete Mittel geben würde, um die Qualität der Rechtsdienstleistung und damit den Schutz der Mandanten zu gewährleisten.

Beide Aufforderungen erfolgten als erster Schritt im Vertragsverletzungsverfahren. Ungarn und Luxemburg haben nunmehr zwei Monate Zeit, zu antworten. Andernfalls kann die Kommission Klage beim EuGH einreichen.

EUGH WÄHLT PRÄSIDENT UND VIZEPRÄSIDENT

Am 9. Oktober 2012 ist Prof. Dr. Vassilios Skouris in seinem Amt als Präsident des Gerichtshofs der Europäischen Union für die kommenden drei Jahre wiedergewählt worden. Skouris ist bereits seit 2003 Präsident. Zum ersten Mal wurde infolge der Satzungsänderung des EuGH auch ein Vizepräsident gewählt. Bis Oktober 2015 hat nun der Belgier Prof. Dr. Koen Lenaerts, der seit 2003 Richter am Gerichtshof ist, das Amt des Vizepräsidenten inne.

EUROPÄISCHE KOMMISSION - VORSTELLUNG DES ARBEITSPROGRAMMS 2013

In ihrem Arbeitsprogramm für das Jahr 2013 stellt die Europäische Kommission insbesondere Maßnahmen zur Förderung der Wirtschaftsleistung des Binnenmarktes vor. Daneben soll zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit auch eine Bestandsaufnahme der jüngsten Entwicklungen in den Mitgliedstaaten auf dem Gebiet der freien Berufe erfolgen. Weiterhin plant die Europäische Kommission Unterstützungsmaßnahmen zu dem Richtlinienvorschlag zur Änderung der Richtlinie über die Anerkennung von

Berufsqualifikationen. So soll eine Methodik entwickelt werden, um die gegenseitige Begutachtung der Mitgliedstaaten, wie sie im Richtlinienvorschlag vorgesehen ist, zu erleichtern. Durch die gegenseitige Begutachtung der Mitgliedstaaten sollen vor allem bestehende Zulassungsvoraussetzungen zu den einzelnen Berufen aufgedeckt und im besten Fall abgebaut werden. Im Bereich der Förderung der Sicherheit innerhalb Europas plant die Europäische Kommission unter anderem:

- einen gesetzlichen Rahmen für verwaltungsrechtliche Maßnahmen zum Einfrieren von Geldern, finanziellem Vermögen und wirtschaftlichen Erträgen von Personen und Organisationen, die terroristischer Handlungen verdächtig werden,
- besondere Garantien für schutzbedürftige Verdächtige oder Angeklagte in Strafverfahren,
- die Schaffung einer Europäischen Staatsanwaltschaft zum Schutz finanzieller Interessen der Union sowie
- die Festlegung eines einheitlichen Straftatbestands der Geldwäsche auf EU-Ebene.

Die in dem Arbeitsprogramm aufgeführten Vorschläge sollen 2013 und in der ersten Jahreshälfte 2014 vorgelegt werden.

EGMR: AKTUALISIERTER LEITFADEN ÜBER DIE ZULÄSSIGKEITSVORAUSSETZUNGEN

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) hat seinen Leitfaden zu den Zulässigkeitsvoraussetzungen für Beschwerden überarbeitet. Der Leitfaden wurde erstmals im Dezember 2010 auf Englisch und Französisch veröffentlicht; seit Oktober 2011 ist er auch auf Deutsch erhältlich. Der Leitfaden richtet sich insbesondere an Rechtsanwälte, die gegebenenfalls Beschwerdeführer vor dem Gerichtshof vertreten sollen.

Pressemitteilungen der RAK Sachsen

29.10.2012 Internationaler Anwaltskongress ab Mittwoch in Dresden – 1.000 Teilnehmer aus über 70 Ländern erwartet

20.11.2012 Anwaltliche Beratungsstelle in Zittau eröffnet

Die vollständigen Pressemitteilungen können Sie lesen unter: www.rak-sachsen.de.

Nachweis der Fortbildungspflicht gem. § 15 FAO für 2012

Fachanwälte haben ihre Fortbildungspflicht über 10 Zeitstunden pro Kalenderjahr nachzuweisen. Wir bitten alle Kolleginnen und Kollegen, noch ausstehende Nachweise für das Jahr 2012 zeitnah an die Geschäftsstelle der RAK Sachsen per E-Mail an kathleen.kretzschmar@rak-sachsen.de zu übersenden. Bitte senden Sie uns nur Kopien und keine Original zu und bitte sehen Sie von einer Vorab-Sendung per Fax ab. Sollte Ihnen die Erfüllung der Fortbildungspflicht im Jahr 2012 nicht möglich gewesen sein, können Sie einen formlosen Antrag auf Nachholung mit kurzer Begründung stellen. Vorsorglich weisen wir darauf hin, dass die Fachanwaltsbezeichnung widerrufen werden kann, wenn die vorgeschriebene Fortbildung unterbleibt.

Fachanwaltsausschüsse der RAK Sachsen

Der Vorstand der Rechtsanwaltskammer Sachsen bestellte folgende Mitglieder der Fachanwaltsausschüsse:

am 10.10.2012

Fachanwaltsausschuss Arbeitsrecht II
- Wiederbestellung -

RAin Heike Bruns, Chemnitz
RAin Jutta Gerstner, Dresden
RAin Bärbel Molsbach, Dresden
RAin Sabine Geilen, Leipzig

Wir danken den Kolleginnen für ihr ehrenamtliches Engagement.

RECHTSPRECHUNG 04/2012

Berufsrechtliche Rechtsprechung

EUGH: VERTRETUNGSBEFUGNIS VON SYNDIKUSANWÄLTEN

Der EuGH entschied, dass Rechtsanwälte, die in einem Beschäftigungsverhältnis stehen, ihren Arbeitgeber nicht vor den Unionsgerichten vertreten können (C-422/11 P und C-423/11 P).

Im Ausgangsfall hatte das EuG eine Klage des Präsidenten des polnischen Amtes für elektronische Kommunikation (PUKE) gegen einen Beschluss der Europäischen Kommission mit der Begründung abgewiesen, dass sich dieser durch zwei bei ihm angestellte Rechtsanwältinnen vertreten ließ. Begründet wurde dies mit Art. 19 der Satzung des Gerichtshofs der Europäischen Union, welcher verlangt, dass sich die Parteien vor den Unionsgerichten von einem Anwalt vertreten lassen müssen. Das EuG sah die arbeitsvertragliche Beziehung der Rechtsberaterinnen nicht mit der Vertretung des Klägers vereinbar und wies die Klage wegen Unzulässigkeit durch Beschluss ab. Gegen den Beschluss legten der PUKE sowie die Republik Polen Rechtsmittel beim EuGH ein. Der EuGH verband beide Verfahren und wies die Rechtsmittel zurück.

Die Rechtsmittelführer argumentierten, dass nach den berufsrechtlichen Regelungen für Rechtsberater, welche in

einem Anstellungsverhältnis rechtsberatend tätig sind und in Polen neben Rechtsanwälten Rechtsdienstleistungen erbringen können, eine völlige Unabhängigkeit der Rechtsberatung – auch bei Bestehen eines Beschäftigungsverhältnisses – garantiert sei. Das polnische Berufsrecht unterscheide hinsichtlich der Vertretungsbefugnis von Anwälten nicht zwischen angestellten und selbstständigen Anwälten. Dieser Grundsatz müsse vom EuGH bei der Auslegung des Artikels 19 der Satzung des Gerichtshofs der Europäischen Union Berücksichtigung finden. Weiterhin seien im vorliegenden Fall die Rechtsanwältinnen beim Amt für elektronische Kommunikation (UKE) und nicht bei deren Präsidenten angestellt. Durch die Zuordnung zu einer anderen Organisationseinheit seien die Rechtsanwältinnen daher als unabhängig von der Klägerin anzusehen. Der EuGH entschied, dass die berufsrechtlichen Regeln für Rechtsberater als solche nicht ausreichend seien, um eine Unabhängigkeit vom Arbeitgeber zu gewährleisten. Er bestätigte damit die Rechtsprechung aus dem Urteil Akzo Nobel Chemicals Limited u. a. ./ Europäische Kommission (C/550/07P), nachdem der Anwalt ein Organ der Rechtspflege ist, das in völliger Unabhängigkeit und im höheren Interesse der Rechtspflege die rechtliche

Unterstützung zu gewähren hat, die der Mandant benötigt. Das Erfordernis der Unabhängigkeit des Rechtsanwalts setze das Fehlen jedes Beschäftigungsverhältnisses zwischen ihm und seinen Mandanten voraus. Der Begriff der Unabhängigkeit werde nicht nur positiv, nämlich unter Bezugnahme auf die berufsständischen Pflichten definiert, sondern auch negativ, nämlich durch das Fehlen einer arbeitsvertraglichen Beziehung. Diese Erwägungen gälten gleichermaßen in einer Situation, in der die Anwälte von einer Organisationseinheit, die mit der von ihnen vertretenen Partei verbunden ist, beschäftigt werden. Die arbeitsrechtliche Beziehung mit dem UKE schaffe ein Abhängigkeitsverhältnis, welches zu einem geringeren Grad an Unabhängigkeit als die eines Rechtsberaters oder Anwalts führe, der seine Tätigkeit in einer externen Kanzlei ausübe. Es bestehe nämlich die Gefahr, dass die beruflichen Ansichten der Rechtsberater/innen zumindest teilweise von ihrem beruflichen Umfeld beeinflusst werden. Die arbeitsvertraglichen Beziehungen der Rechtsberaterinnen mit dem UKE seien daher nicht mit der Vertretung des Klägers vor dem Gericht vereinbar.

Darüber hinaus seien die Vorschriften über die Vertretung nicht privilegierter Parteien vor den Unionsgerichten so weit

wie möglich autonom und unabhängig von den nationalen Rechtsordnungen auszulegen. Zwar ergebe sich die Vorstellung von der Funktion des Anwalts in der Unionsrechtsordnung aus der gemeinsamen Rechtstradition der Mitgliedstaaten, doch werde diese Vorstellung im Rahmen der bei den Unionsgerichten anhängenden Rechtsstreitigkeiten objektiv, also zwangsläufig unabhängig von den nationalen Rechtsordnungen, umgesetzt. Die polnischen Berufsregeln fänden bei der Vertretung vor Unionsgerichten keine Berücksichtigung.

BGH: KEINE UNZULÄSSIGE IRREFÜHRUNG DURCH SCHEINSOZietät

Die Verwendung der Bezeichnung Sozietät durch einen Zusammenschluss von Rechtsanwälten, die keine Sozietät in der Form einer Gesellschaft bürgerlichen Rechts bilden, ist keine unzulässige Irreführung der Rechtsuchenden im Sinne des § 43b BRAO, wenn die Beauftragung der zusammengeschlossenen Rechtsanwälte dem Rechtsverkehr im Wesentlichen die gleichen Vorteile bietet wie die Mandatierung einer Anwaltssozietät. Dass die Kundgabe so genannter Außen- bzw. Scheinsozietäten, bei denen tatsächlich keine Sozietät besteht, zulässig ist, wird inzwischen im Schrifttum nicht mehr bestritten. Nun hat auch der BGH seine alte Rechtsprechung aus dem Jahre 1990 (BGHSt 37, 220) aufgegeben. Seinerzeit hatte der BGH noch entschieden, dass sich wettbewerbswidrig verhalte, wer nach außen wahrheitswidrig den Anschein erweckt, sich mit einem anderen Rechtsanwalt in einer Sozietät zusammengeschlossen zu haben, obwohl nur eine Scheinsozietät vorliegt. Diese Sichtweise erachtet der BGH nun für überholt. Der gebräuchliche Begriff der „Sozietät“ habe seit einiger Zeit an Konturen verloren. Auch im Schrifttum werde (immer häufiger) die Ansicht vertreten, dass unter dem Begriff „Sozietät“

jegliche Form gemeinsamer anwaltlicher Berufsausübung verstanden werde. BGH, Urteil vom 12.7.2012 - AnwZ (Brfg) 37/11

BGH: ANFALL DER TERMINSGEBÜHR

Während ein bereits laufendes Verfahren erledigt wird, kann nur ein Verfahren, das noch nicht begonnen hat, vermieden werden. Deshalb braucht der Anspruch, der Gegenstand der Besprechung ist, nicht bereits bei Gericht anhängig gemacht worden zu sein. Vielmehr will der Gesetzgeber die außergerichtliche Streiterledigung dadurch fördern, dass die Terminsgebühr auch dann anfällt, wenn der Anwalt nach Erteilung des Klageauftrags an einer auf die Vermeidung des Verfahrens gerichteten Besprechung mitwirkt (BT-Drucks. 15/1971 S. 148; BGH, Urt. v. 8. Februar 2007 - IX ZR 215/05, NJW-RR 2007, 720 Rn. 7, 8). Voraussetzung für die zugunsten des Anwalts des Anspruchstellers anfallende Terminsgebühr ist danach lediglich die Erteilung eines unbedingten Klageauftrags, nicht jedoch die Einreichung der Klage.

BGH, Urteil vom 01.07.2010 – IX ZR 198/09

BVERWG: STEUERBERATER DARF NICHT GWERBLICH HONORARFORDERUNGEN ANDERER STEUERBERATER EINZIEHEN

Ein Steuerberater darf nicht gewerblich die Honorarforderungen anderer Steuerberater einziehen (sog. gewerbliches Inkasso). Die zusätzliche Inkassotätigkeit sei für einen Steuerberater nicht erlaubnisfrei zulässig. Die erforderliche Erlaubnis könne auch nicht erteilt werden. § 57 Abs. 4 Nr. 1 S. 2 StBerG enthalte ein grundsätzliches Verbot einer gewerblichen Tätigkeit für Steuerberater. Damit wolle das Gesetz der Gefahr begegnen, dass

der Steuerberater seine oft detaillierten Kenntnisse vom Betriebs- und Geschäftsablauf seiner Mandanten für ein eigenes Gewinnstreben ausnutze. Eine Ausnahme komme nur dann in Betracht, wenn diese Gefahr im konkreten Fall nicht bestehe.

Im konkreten Fall war die vom Gesetz vorausgesetzte Gefahr aber schon wegen des engen sachlichen Zusammenhangs der beabsichtigten Inkassotätigkeit mit der steuerberatenden Tätigkeit nicht widerlegt.

BVerwG, Urteil vom 26.09.2012 – 8 C 26/11

OLG KÖLN: BEZEICHNUNG ALS „WINKELADVOKAT“ STELLT WIDERRECHTLICHE EHRVERLETZUNG DAR

Gegen die Bezeichnung eines Rechtsanwalts als Winkeladvokat bzw. seines Büros als Winkeladvokatur besteht ein Unterlassungsanspruch nach § 1004 Abs. 1 S. 2 iVm. § 823 Abs. 1, 2 BGB iVm. § 185 StGB.

Unter einem Winkeladvokat sei jemand zu verstehen, der eine Sache entsprechend seinem Berufsstand nicht verantwortungsbewusst zu vertreten befähigt sei. Dies bedeute, dass damit ein Rechtsanwalt gemeint sei, der eine mangelnde fachliche Eignung aufweise und dessen Zuverlässigkeit zweifelhaft sei. In der Titulierung als Winkeladvokat liege somit eine Ehrverletzung.

Erschwerend zu dieser Persönlichkeitsverletzung komme hinzu, dass es sich bei einem Rechtsanwalt um ein Organ der Rechtspflege handele, dem die Öffentlichkeit in der Regel ein erhöhtes Maß an Seriosität beimesse. Es handele sich bei dem in Rede stehenden Angriff somit um einen solchen, der den Kernbereich des Ansehens eines Rechtsanwalts betreffe.

OLG Köln, Urteil vom 18.07.2012 - 16 U 184/11 -

Gern informieren wir Sie über Neuigkeiten per E-Mail. Senden Sie uns bitte Ihre aktuelle E-Mail-Adresse mit Ihrem Namen und dem Betreff „Aktuelles“ an:

info@rak-sachsen.de

Entscheidungen des OLG Dresden

Nachfolgend informieren wir über aktuelle Entscheidungen des OLG Dresden. Wir teilen hier den jeweiligen Leitsatz der Entscheidung und das dazugehörige Aktenzeichen mit. Die vollständige Entscheidung kann in der Geschäftsstelle abgefordert werden.

Leitsatz:

Bei der Schätzung des Auftragswertes steht der Vergabestelle ein Beurteilungsspielraum zu. Dieser ist nicht nur bei manipulativen oder sonst willkürlichen Annahmen, sondern auch dann überschritten, wenn eine realitätsferne Fehlbeurteilung auf einem Mangel an Sachkenntnis beruht und die Vergabestelle sich das notwendige Wissen in zumutbarer Weise hätte verschaffen können.

Beschluss des OLG Dresden, Vergabesenat, vom 24.07.2012

Aktenzeichen: Verg 2/12
1/SVK/008-12 Landesdirektion Leipzig

Leitsätze:

1. Die an Probleme der örtlichen Zuständigkeit anknüpfende Verweisung von einer Vergabekammer an eine andere

Vergabekammer hat ihre Grundlage in einer entsprechenden Anwendung der §§ 83 Satz 1 VwGO, 17a Abs. 2 GVG. Sie ist unanfechtbar, solange sie nicht unter Verletzung wesentlicher Verfahrensvorschriften erfolgt oder die Verweisung auf nicht vertretbaren rechtlichen Überlegungen beruht und insofern willkürlich erscheint.

2. Mit dieser Maßgabe kann auch eine Verweisung von einer an sich zuständigen Vergabekammer an eine andere Vergabekammer jedenfalls dann erfolgen, wenn es sich um eine länderübergreifende Beschaffung i.S.d. § 106a Abs. 3 Satz 2 GWB handelt oder eine solche, an der neben Ländern auch der Bund beteiligt ist.

Beschluss des OLG Dresden, Vergabesenat, vom 26.06.2012

Aktenzeichen: Verg 3/12
1/SVK/015-12 Landesdirektion Leipzig

Leitsatz:

Der Verfahrensbestand, der sowohl in einer Sorgerechts- als auch in der Umgangsrechtsangelegenheit bestellt worden ist, hat auch dann einen Anspruch, für beide Angelegenheiten nach § 158 FamFG vergütet zu werden, wenn das Amtsgericht diese in einem einzigen Verfahren behandelt hat (im Anschluss an die Sentasbeschlüsse vom 19. Januar 2011, XII ZB 486/10, FamRZ 2011, 467 und vom 17. November 2010, XII ZB 478/10, FamRZ 2011, 199). (Rn.9)

Beschluss des OLG Dresden, 24. Zivilsenat, vom 01.08.2012

Aktenzeichen: 24 WF 0588/11
12 F 1002/10 AG Bautzen

AUS- & WEITERBILDUNG 04/2012

JOBSTARTER-Projekt der Rechtsanwaltskammer Sachsen geht erfolgreich zu Ende

Das seit 01.01.2010 laufende JOBSTARTER-Projekt der Rechtsanwaltskammer Sachsen „refaQ - Qualifizierungsmodule für Rechtsanwaltsfachangestellte“ endet am 31.12.2012. Mit dem Projekt setzte die Rechtsanwaltskammer Sachsen die seit 1999 zunächst im Ausbildungsplatzentwicklerprogramm Ost und seit 2007 im JOBSTARTER-Programm betriebene Ausbildungsplatzentwicklung fort. Während der Projektlaufzeit haben grundlegende Änderungen - hervorgerufen durch die demografische Entwicklung - stattgefunden und die Projektarbeit beeinflusst.

Zu Beginn des Ausbildungsplatzentwicklerprogrammes fehlten ausreichend Ausbildungsplätze, die wir über die gezielte

Ansprache von Kolleginnen und Kollegen schaffen konnten. Auch das erste JOBSTARTER-Projekt der Rechtsanwaltskammer Sachsen „Berufstart ReFA“, das vom 01.01.2007 bis 30.06.2010 lief, hatte vorrangig die Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze zum Ziel. Darüber hinaus bot die Rechtsanwaltskammer zusätzliche Dienstleistungen rund um die Ausbildung an und intensivierte ihre Bemühungen, das Berufsbild der Rechtsanwaltsfachangestellten unter den Schülern bekannt zu machen. Es zeichnete sich jedoch bereits ab, dass die demografische Entwicklung dazu führen wird, dass nicht ausreichend Schüler die sächsischen Schulen verlassen werden, um die bestehenden Ausbildungsplätze zu besetzen. Es trat das Problem hinzu,

die weniger werdenden Ausbildungsplätze mit gut qualifizierten Auszubildenden zu besetzen.

Im nunmehr zu Ende gehenden Projekt „refaQ- Qualifizierungsmodule für Rechtsanwaltsfachangestellte“ stand daher die passgenaue Besetzung freier Ausbildungsplätze im Mittelpunkt. Gleichwohl hatte sich die Rechtsanwaltskammer Sachsen als Projektziel die Schaffung und Besetzung von 55 zusätzlichen Ausbildungsplätzen vorgenommen. Am 31.10.2012 hatten die Projektmitarbeiter der Rechtsanwaltskammer Sachsen bei der Schaffung und Besetzung 65 zusätzlicher Ausbildungsplätze aktiv mitgewirkt.

Neben der Schaffung und Besetzung zusätzlicher Ausbildungsplätze stand die Werbung für das Berufsbild der Rechtsanwaltsfachangestellten unter den Schülern der sächsischen allgemein bildenden Schulen im Vordergrund. Im gesamten Projektzeitraum nahm die Rechtsanwaltskammer Sachsen an rund 140 Berufsorientierungsveranstaltungen auf Messen, in Mittelschulen und Gymnasien teil. Hierbei unterstützten viele Kolleginnen und Kollegen sowie Kanzleimitarbeiterinnen die Rechtsanwaltskammer Sachsen aktiv durch Teilnahme an diesen Veranstaltungen. Hierfür bedanken wir uns herzlich. Wir würden uns sehr freuen, wenn wir auch weiterhin für Berufsorientierungsveranstaltungen Ihr Interesse für eine Teilnahme und Vorstellung des Berufsbildes wecken könnten. Als Beileger zu dieser Ausgabe von KAMMERaktuell finden Sie eine Abfrage zu Ausbildungsplätzen, in der Sie auch

Ihre Bereitschaft zur Berufsorientierung vermerken und uns mitteilen können.

Als weiteres Projektziel setzte sich die Rechtsanwaltskammer Sachsen die Initiierung und Durchführung zweier Zusatzqualifikationen. Zusatzqualifikationen sind Weiterbildungsmaßnahmen, die Fachwissen vermitteln, das über den Unterrichtsstoff der Berufsschule hinausgeht. Sie richten sich an Auszubildende, die bereits während der Ausbildung an diesen Weiterbildungsmaßnahmen teilnehmen. Die Rechtsanwaltskammer Sachsen bot zum einen eine 90-stündige Zusatzqualifikation „Büroorganisation und -verwaltung“ und zum anderen eine 60-stündige Zusatzqualifikation „Kosten- und Zwangsvollstreckungsrecht“ an. Die Zusatzqualifikation „Büroorganisation und -verwaltung“ führten wir vier Mal, die Zusatzqualifikation „Kosten- und Zwangsvollstreckungsrecht“

zwei Mal durch. Insgesamt nahmen 102 Auszubildende an den Zusatzqualifikationen teil. Die Auszubildenden haben das Angebot und die Durchführung dieser Weiterbildungsmöglichkeit ausschließlich positiv bewertet.

Am 31.12.2012 endet ein erfolgreiches Projekt, mit dem wir die Auswirkungen der demografischen Entwicklung dämpfen, das Berufsbild der Rechtsanwaltsfachangestellten unter den Schülerinnen und Schülern bekannt machen und anspruchsvolle Zusatzqualifikationen für Auszubildende erproben konnten. Die Schwierigkeiten, die durch die demografische Entwicklung eingetreten sind, werden auch in den kommenden Jahren Herausforderungen sein, mit denen sich der Vorstand der Rechtsanwaltskammer Sachsen befassen und Lösungsansätze erarbeiten wird.

Gefördert als JOBSTARTER-Projekt aus Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung und dem Europäischen Sozialfonds der Europäischen Union.

Prüfungstermine Rechtsanwaltsfachangestellte bis 2016

In seiner Sitzung am 21.03.2012 hat der Berufsbildungsausschuss der Rechtsanwaltskammer Sachsen beschlossen, dass nur noch zwei Prüfungen im Ausbildungsberuf zur/zum Rechtsanwaltsfachangestellten pro Jahr durchgeführt werden. Der neue Prüfungsrhythmus gilt ab 2014.

In seiner Sitzung am 19.09.2012 beschloss der Berufsbildungsausschuss nunmehr folgende Prüfungstermine für die Jahre 2013 bis 2016:

PRÜFUNGSTERMINE 2013

	Schriftliche Prüfungen	Mündliche Prüfungen	Anmeldefrist
Zwischenprüfung (2012)	27./28.11.2012	-	Anmeldeformulare werden unaufgefordert zugesandt
Abschlussprüfung/ 2. Wiederholungsprüfung	22./ 23.01.2013 (einschließlich FIV*)	12./ 13.03. 2013	03.12.2012
Abschlussprüfung	14./ 15.05.2013 FIV*: 21./ 22.05.2013	09.-11.07.2013	Anmeldeformulare werden unaufgefordert zugesandt externe Prüflinge: 01.04.2013
Abschlussprüfung/ 1. Wiederholungsprüfung	30.09./01.10.2013 (einschließlich FIV*)	18./19.11.2013	26.08.2013
Zwischenprüfung (2013)	26./27.11.2013	-	Anmeldeformulare werden unaufgefordert zugesandt

PRÜFUNGSTERMINE 2014

	Schriftliche Prüfungen	Mündliche Prüfungen	Anmeldefrist
Zwischenprüfung (2013)	26./27.11.2013	-	Anmeldeformulare werden unaufgefordert zugesandt
Abschlussprüfung/ 2. Wiederholungsprüfung	21./ 22.01.2014 (einschließlich FIV*)	11./ 12.03. 2014	02.12.2013
Abschlussprüfung	20./ 21.05.2014 FIV*: 27./ 28.05.2014	15.-17.07.2014	Anmeldeformulare werden unaufgefordert zugesandt externe Prüflinge: 01.04.2014
Abschlussprüfung/ 1. Wiederholungsprüfung	04./05.11.2014 (einschließlich FIV*)	16./17.12.2014	01.10.2014
Zwischenprüfung (2014)	25./26.11.2014	-	Anmeldeformulare werden unaufgefordert zugesandt

PRÜFUNGSTERMINE 2015

	Schriftliche Prüfungen	Mündliche Prüfungen	Anmeldefrist
Zwischenprüfung (2014)	25./26.11.2014	-	Anmeldeformulare werden unaufgefordert zugesandt
Abschlussprüfung	12./ 13.05.2015 FIV*: 19./ 20.05.2015	07.-09.07.2015	Anmeldeformulare werden unaufgefordert zugesandt externe Prüflinge: 15.03.2015
Abschlussprüfung/ Wiederholungsprüfung	03./04.11.2015 (einschließlich FIV*)	15./16.12.2015	01.10.2015
Zwischenprüfung (2015)	25./26.11.2015	-	Anmeldeformulare werden unaufgefordert zugesandt

PRÜFUNGSTERMINE 2016

	Schriftliche Prüfungen	Mündliche Prüfungen	Anmeldefrist
Zwischenprüfung (2015)	25./26.11.2015	-	Anmeldeformulare werden unaufgefordert zugesandt
Abschlussprüfung	26./ 27.04.2016 FIV*: 28./ 29.04.2016	21.-23.06.2016	Anmeldeformulare werden unaufgefordert zugesandt externe Prüflinge: 01.03.2016
Abschlussprüfung/ Wiederholungsprüfung	02./03.11.2016 (einschließlich FIV*)	13./14.12.2016	01.10.2016
Zwischenprüfung (2015)	29./30.11.2016	-	Anmeldeformulare werden unaufgefordert zugesandt

Aufstiegsfortbildung Geprüfter Rechtsfachwirt / Geprüfte Rechtsfachwirtin

Beuth Hochschule für Technik Berlin – Fernstudieninstitut
Luxemburger Straße 10, 13353 Berlin
Tel.: 030 / 45 04 21 74, Fax: 030 / 45 04 29 74
www.beuth-hochschule.de/fsi

Euro Education – carrière GmbH
Fachbereich für Recht, „Falke Forum“, Zwickauer Straße 16,
09112 Chemnitz,
Tel. 03 71 / 63 13-76, -79, Fax: 03 71 / 63 13-78
E-Mail: bildung@euro-education.net

Volkshochschule im Landkreis Meißen e.V.
Bernhard-Voß-Straße 27, 01445 Radebeul
Tel. 03 51 / 83 97 97 71, Fax: 03 51 / 83 01 476,
E-Mail: tarnowski@vhs-lkmeissen.de

Europäische Wirtschafts- und
Sprachenakademie Leipzig GmbH
Nikolaistraße 10, 04109 Leipzig
Ansprechpartnerin: Frau Enders
Tel.: 03 41/ 98 03 432, Fax: 03 41/ 21 10 576,
E-Mail: rechtsfachwirt@ewsmail-leipzig.de

opinio – Gesellschaft für
Bildungssysteme und Kommunikation (GdbR)
Liselotte-Herrmann-Str. 4, 02625 Bautzen,
Tel.: 03591/36 81 12, Fax: 03591/52 59 80,
Enderstraße 59, 01277 Dresden,
Tel.: 03 51/25 02 891, Fax: 03 51/25 06 029
E-Mail: info@opinio-bildung.de

WAD Medizinisches und
Kaufmännisches Bildungszentrum
Heidenauer Straße 23, 01259 Dresden
Tel. 03 51 / 20 73 448, Fax: 03 51 / 20 73 441
E-Mail: bildung@wad.de.
Kosten: 130,00 € monatlich – Meister Bafög möglich

Die genauen Kurstermine erfragen Sie bitte direkt bei
den Bildungsträgern.

Der neue Seminarkatalog für das Jahr 2013 ist da!

Das aktuelle Seminarangebot der
Rechtsanwaltskammer Sachsen
für Rechtsanwälte und
Kanzleimitarbeiter liegt diesem Heft bei
und ist auch online unter
www.rak-sachsen.de
abrufbar.

Neues aus dem Seminarwesen

1. In eigener Sache

Die Rechtsanwaltskammer Sachsen hat das Online-Seminarbuchungssystem umgestellt.

Neben optischen Aspekten wurden zahlreiche Funktionen verbessert, z. Bsp. die Seminarsuche, die Benutzerverwaltung mit Registrierung, ein Warenkorb für Seminaranmeldungen und eine Anmeldebekräftigung zum Sofortdruck, aber auch per E-Mail. Erforderlich ist lediglich eine einmalige Registrierung unter Angabe von Login-Daten.

Eine Beschreibung finden Sie auf unserer Homepage im pdf-Format.

Bei Fragen stehen wir Ihnen unter der Telefonnummer 0351/31859-44 oder per E-Mail (seminare@rak-sachsen.de) gern zur Verfügung.

2. Bericht...

über den Lehrgang „Sachbearbeiter im Familienrecht“ der RAK Sachsen vom 01.10. bis 05.11.2012

Ein Beitrag von Babette Steinmetz, Anwaltsassistentin, Rechtsanwälte Winter & Kunkel, Kamenz:

„... drei Module voller geballtem Wissen im materiellen Recht, im Gebührenrecht und in der Zwangsvollstreckung.

Es sei mittlerweile Tradition, dass Teilnehmern der über mehrere Tage andauernden Lehrgänge die Möglichkeit gegeben wird, eine kurze Seminareinschätzung in der „Kammer aktuell“ abzugeben. Wie ich finde, eine sehr gute Gelegenheit, sich bei den Dozenten für die Weitergabe von so viel Kompetenz und durchaus spürbarem Spaß an der Arbeit zu bedanken.

Deshalb sagen wir DANKE...

...an Rechtsanwältin Dagmar Perlwitz aus Delitzsch – Fachanwältin für Familienrecht und Mediatorin - für die zweitägige äußerst anschauliche, sehr humorvolle und praxisnahe Einführung in das materielle Recht.

Zum einen brachte sie uns das FamFG sehr verständlich nahe, zum anderen vermittelte sie uns eine Reihe an Möglichkeiten, den Anwalt (... und hier ist natürlich auch die weibliche Form gemeint ...) im Fachbereich Familienrecht bei seiner Arbeit optimal zu unterstützen. Auch ließ Frau Rechtsanwältin Perlwitz den psychologischen Aspekt in der Bearbeitung des doch sehr sensiblen familienrechtlichen Mandats nicht außer Acht. Das ganze wurde von ihr durch ein gut ausgearbeitetes Skript untermauert.

...an Dipl.-Rechtspflegerin Karin Scheungrab aus Leipzig für drei Tage Rechtsanwaltsvergütungsgesetz und Zwangsvollstreckung pur sowie ca. 300 Seiten Skript.

Es lässt sich nichts besser erklären, als das selbst Erlebte. Und genau an solchen „gebührenrechtlichen“ Erlebnissen hat uns Frau Scheungrab drei Tage lang teilnehmen lassen. Durch ihre Arbeit bei Gericht, in einer Anwaltskanzlei sowie ihrer langjährigen selbständigen Tätigkeit auf dem Gebiet des RVG übermittelte sie uns geschickt, anhand vieler anschaulicher Beispiele, Möglichkeiten, Akten im Familienrecht optimal zu bearbeiten und abzurechnen.

Auch gab sie Einblick in eine effektive Bearbeitung des Zwangsvollstreckungsmandates.

Zudem wurde uns jederzeit die Möglichkeit gegeben, Fragen zu stellen, die von beiden Dozentinnen immer ausführlich beantwortet wurden.

Und Danke an die SAB Bank, die dieses umfangreiche Seminar mit 80% der Seminarkosten gefördert hat und an die Rechtsanwaltskammer Sachsen für die tolle Versorgung.“

3. Ausblick auf 2013

Im beiliegenden Seminarkatalog finden Sie unsere neuen Fortbildungsveranstaltungen für das Jahr 2013. Wir werden auf aktuelle Gesetzesänderungen reagieren und bei hoher Nachfrage wie gewohnt auch Zusatztermine anbieten.

Für alle Mitarbeiter / Mitarbeiterinnen bieten wir 2013 wieder Sachbearbeiterlehrgänge an.

Die Lehrgänge Sachbearbeiter im Kostenrecht; Sachbearbeiter Mahnwesen und Zwangsvollstreckung und Sachbearbeiter im Familienrecht können über die Sächsische Aufbaubank (SAB) gefördert werden. Die SAB übernimmt bis zu 80% der Lehrgangskosten. Weitere Infos gibt die SAB unter der Telefonnummer 0351/4910-4930. Sie können sich bei Fragen aber auch gern an uns wenden.

Teilnehmerinnen des Sachbearbeiterlehrganges Familienrecht

Neuzulassungen / Aufnahmen

	Ernst	Andrea	Krauß Mäckler Schöffel	08056	Zwickau
	Fischer	Gabriel	Kahlert & Padberg	04107	Leipzig
	Franke	Michael	Schenderlein Rechtsanwälte	04109	Leipzig
	Hofmann	Enrico	Linnemann Rechtsanwälte	01445	Radebeul
	Hörnig	Christine	Kübler GbR	04356	Leipzig
	Kaulen	Griseldis		01187	Dresden
	Klein	Detlef		08525	Plauen
	Klewe	Ulf	Bonell & Kollegen	04109	Leipzig
	König	Diana		01277	Dresden
	Kramer-Lips	Stefanie	Scherello und Kollegen	04107	Leipzig
	Kretschmer	Melanie		01156	Dresden
	Kujus	Tommy		04315	Leipzig
	Nitt	Alexander		01445	Radebeul
	Oertel	Kristin	Noerr LLP Limited Liability Partnership	01097	Dresden
	Perl	Marisa	Luther Rechtsanwaltsgesellschaft mbH	04109	Leipzig
	Petermann	Dana	Jenniflen Harren	02826	Görlitz
	Richter	Wolfgang	Hilbert Kampf Rechtsanwälte Partnerschaft	09456	Annaberg-Buchholz
	Rudolph-Fahrenkamp	Ann-Sibyll		04229	Leipzig
	Schneider	Daniel	Brüggen Rechtsanwälte	01067	Dresden
	Schwegmann	Ruth	Braun & Rieske Rechtsanwälte	04109	Leipzig
	Straßenburg	Jördis		04159	Leipzig
	Thiede	Stefan	Ullrich Rechtsanwälte	01067	Dresden
	Weber	Anja	HERMANN Rechtsanwälte Wirtschaftsprüfer Steuerberater	09111	Chemnitz
	Weglarz	Izabella		09456	Annaberg-Buchholz
Dr.	Weidmüller	Juliane	HERMANN Rechtsanwälte Wirtschaftsprüfer Steuerberater	04317	Leipzig

Löschungen

	Raab	Michael		08523	Plauen
--	------	---------	--	-------	--------

Neue Fachanwälte

Handels- und Gesellschaftsrecht					
RA	Dr.	Hans-Martin	Flotho	Grimma	Dr. Flotho & Linke Partnerschaftsgesellschaft
Bank- und Kapitalmarktrecht					
RA		Torsten	Götz	Dresden	Furche Schäfer
Versicherungsrecht					
RAin		Jana	Hanisch	Dresden	von Olnhäusen Wittmann Hanisch
Verwaltungsrecht					
RA		Ortwin	Philipp	Dresden	Petersen Hardraht
RA	Dr.	Jochim	Thietz-Bartram	Dresden	Thietz-Bartram Kögler & Kollegen

Bau- und Architektenrecht					
RA		Volker	Schmidt	Dresden	Kiermeier Haselier Grosse
Sozialrecht					
RAin		Katrin	Stiehler	Zittau	Petersen Neumann + Partner
Miet- und Wohnungseigentumsrecht					
RA		Stefan	Richter	Leipzig	Raila Huschmann Richter Partnerschaft
RA		Martin	Siebert	Leipzig	Hönig & Siebert
Verkehrsrecht					
RA		Christoph	Henkel	Dresden	Dr. Eick und Partner
RA		Jan-Hendrik	Holz	Leipzig	Meyersrenken & Rheingantz
RA		Stefan	Kreutzberger	Leipzig	Knebel Kreutzberger Effler
RA		Jan	Unger	Aue	Rechtsanwaltskanzlei Lorenz
Arbeitsrecht					
RAin		Claudia	Griego	Leipzig	Dörr Rechtsanwälte
RA		Christoph	Häntzschel	Leipzig	Grundmann Häntzschel
RAin		Anett	Hoppe	Chemnitz	Binder Hulinský
RA	Dr.	Friedrich	Kühn	Leipzig	Müller Kühn
RAin		Annette	Kuhne	Wurzen	Kuhne & Kuhne

ANZEIGEN 04/2012

Die Rechtsanwaltskammer Sachsen sucht

Volljurist/Volljuristin als Referent/in

zur Unterstützung des Vorstands in berufsrechtlichen und berufspolitischen Angelegenheiten sowie der Organisation des Fortbildungsangebotes der RAK Sachsen.

Voraussetzungen sind überdurchschnittliche juristische Qualifikationen ausgewiesen durch entsprechende Examina, anwaltliche Berufserfahrungen und/oder Verbandserfahrungen sowie organisatorische Fähigkeiten.

Wir erwarten ferner für diese Position Engagement, Interesse an rechtspolitischen Themen, Freude an wissenschaftlicher Tätigkeit sowie die Bereitschaft zu überdurchschnittlichem Arbeitseinsatz, Übernahme von Führungsaufgaben und gelegentlichen Dienstreisen. Die Stelle ist zunächst befristet bis Dezember 2014. Teilzeitbeschäftigung ist möglich.

Schwerbehinderte sind ausdrücklich zur Bewerbung aufgefordert.

Bitte senden Sie Ihre aussagefähigen Bewerbungsunterlagen per E-Mail bis zum 21. Januar 2013 an die Rechtsanwaltskammer Sachsen, Geschäftsführerin Rechtsanwältin Jacqueline Lange: jacqueline.lange@rak-sachsen.de

Kanzlei & Büro

Leipziger Innenstadt, absolut helle ruhige Marktlage, Hainstr. 4, Immobilie zur Miete, 3 Etagen a 330 qm 15 Zi/Etage (auch Teilflächen), (provisionsfrei).

Kerstin Sonntag Immobilien, Wannewitz Nr.14, 04509 Schönwölkau; Mobil: 0163-5689857

info@sonntag-immobilien.info

Bürogemeinschaft / Kooperation

Erfahrene Rechtsanwältin sucht Kanzleinachfolge oder Partnerschaft im Großraum Dresden.

rechtsanwaltindresden@gmail.com

Seniorpartner gesucht!

Promovierter Wirtschaftsanwalt aus Hamburg, 39, mit Erfahrung im deutschen und internationalen Industriesektor, Tätigkeitsschwerpunkten im Vertrags-, Handels- und Gesellschaftsrecht sucht Seniorpartner mit eigener Kanzlei im Raum Dresden. Ziele der gemeinsamen Zusammenarbeit sollten eine Verjüngung der Kanzlei, eine erfolgreiche und nachhaltige Zusammenarbeit sowie eine spätere Kanzleiübernahme sein. Hohe Motivation und Einsatzbereitschaft, verhandlungssicheres Englisch, der Wille zur Erweiterung der Tätigkeitsschwerpunkte (auch auf den Bereich Strafrecht) und zur Spezialisierung sowie zur dauerhaften Verlagerung des Lebensmittelpunktes nach Dresden sind vorhanden.

Zuschriften bitte an die Rechtsanwaltskammer Sachsen, **Chiffre-Nr. 600/2012**, Glacisstr. 6, 01099 Dresden

Medizinrechtler mit Ambitionen (m/w) im Raum Dresden

FA für ErbR sucht (angehenden) FA für MedR. Ziel ist es, im Rahmen der **Bürogemeinschaft** auf Basis eines mittel- bis langfristig angelegten Marketing-Konzepts anspruchsvolle Zielgruppen zu erschließen, um den wirtschaftlichen Erfolg im gemeinsamen Interesse zu steigern.

RA Franz-Georg Lauck, Tel. 0351/6588770, mail: info@ra-lauck.de

Biete in eingeführter familien- und zivilrechtlich ausgerichteter Einzelkanzlei, Nähe Amtsgericht Leipzig, **Raum zur Nutzung und möglicher Zusammenarbeit** zu fairen Konditionen an.

Kontaktaufnahme unter ra-ziegler@t-online.de

Steuerberaterin in Leipzig sucht mindestens 2 Räume zuzüglich Nutzung an Gemeinschaftsräumen (Flur, Küche, WC, ev. Warteraum) in einer **Bürogemeinschaft** zur langfristigen Nutzung. Bevorzugt wird Nord und Mitte.

Zuschriften bitte an die Rechtsanwaltskammer Sachsen, **Chiffre-Nr. 596/2012**, Glacisstr. 6, 01099 Dresden

Kooperation mit Berufskollegen/in oder Steuerberater durch erfahrenen Berufsträger zwecks Aufbau einer Kanzlei in Dresden gesucht.

Kontakt bitte unter rechtsanwaltindresden@gmail.com

Rechtsanwaltssozietät (2 Partner)

bietet Rechtsanwältinnen/Rechtsanwältinnen sowie Steuerberatern/Steuerberaterinnen **wunderschöne Büroräume**, in bester Lage in Leipzig/Gohlis, angemietet zu günstigen Konditionen, **als Bürogemeinschaft und gemeinsamer Zusammenarbeit**. Die Arbeitsräume, Beratungsräume, Sanitäreinrichtungen und der Wartebereich befinden sich auf anspruchsvollem Niveau. Unsere Kanzlei ist seit mehr als 17 Jahren hier ansässig. Die Mandantenwege sind sehr gut eingelaufen. Wir werden selbstverständlich Ihr Interesse vertraulich behandeln und Stillschweigen bewahren.

Zuschriften bitte an die Rechtsanwaltskammer Sachsen, **Chiffre-Nr. 599/2012**, Glacisstr. 6, 01099 Dresden

Karriere leicht gemacht

Rechtsanwalt/in gesucht für etablierte Rechtsanwaltskanzlei in Leipzig-Südvorstadt, zunächst in Form einer Bürogemeinschaft. Geboten werden wirtschaftliche und fachliche Hilfestellungen sowie Partizipation am umfangreichen bestehenden Mandantenstamm.

Mittelfristig kann Kanzleiübernahme zu fairen Bedingungen ins Auge gefasst werden. Der Schwerpunkt der personell und infrastrukturell bestens ausgestatteten Kanzlei liegt im Zivil- und Verkehrsstrafrecht. Sinnvoll wäre eine Ergänzung der bisherigen Tätigkeitsschwerpunkte, dies ist jedoch keine Bedingung.

Kontakt unter 0341 3016247 oder MAIL@RA-SCHMIDT-LEIPZIG.DE

Wir sind eine aus drei Kollegen bestehende Bürogemeinschaft, die vorrangig auf Familien-, Zivil-, Arbeits- und Vereinsrecht ausgerichtet ist. Zur besseren Ausnutzung unserer Kanzleiräume suchen wir eine/n engagierte/n,

berufserfahrene/n Kollegen/in. **Wir bieten ein gut erreichbares und helles Büro im Herzen von Leipzig. Ihnen würde ein Anwaltszimmer mit eigenen Medienanschlüssen zur Verfügung gestellt werden.** Gerne kann die vorhandene Ausstattung (EDV, Telefonanlage) sowie das gut geschulte Personal mit genutzt werden.

Anfragen bitte an Rechtsanwalt Joachim Holz, Tel: 0341 9604646, 0172 3547984, E-mail: kanzlei@holzundholz.de

Sonstiges

STEUERANWALT LEIPZIG

Kooperationsangebot im Steuerstreit: Rechtsbehelfsverfahren vor dem Finanzamt, Prozessführung vor den Finanzgerichten und dem Bundesfinanzhof, Amtshaftungsverfahren gegen die Finanzverwaltung, Abwehr von Ansprüchen aus Steuerberaterhaftung, Verteidigung in Steuerstrafsachen.

Kontakt: Rico Deutschendorf, Rechtsanwalt und Fachanwalt für Steuerrecht, Gohliser Straße 11, 04105 Leipzig, Tel 0341 14060700, Mob 0160 8293790, E-Mail info@steueranwalt-leipzig.de

Wir arbeiten gerne für Insolvenzverwalter

Etablierte RA-Kanzlei in Leipzig unterstützt Insolvenzverwalter:

- Finanzbuchhaltung
- Lohnbuchhaltung
- Betriebsfortführungshilfe durch erfahrenen Unternehmensberater (Dipl. Bankbetriebswirt)
- gutachterlich oder forensisch, z.B.: in den Bereichen Arbeitsrecht, Steuerrecht, Privates Baurecht, Handels- und Gesellschaftsrecht und in Fällen der Durchgriffshaftung oder Insolvenzanfechtungstatbeständen

Mandatsträger hat keine Ambitionen zu eigener Insolvenzverwaltertätigkeit, eine Wettbewerbssituation besteht mithin nicht.

Bei Interesse kontaktieren Sie mich per Mail unter: inso-sub@web.de

Rechtsanwalt Karsten Hausmann/ Kanzlei in 04209 Leipzig übernimmt

- gegen Zahlung der Termingebühr (Nr. 3402 VV RVG) - **Terminvertretung vor allen Gerichten in Sachsen, Sachsen-Anhalt u. Thüringen.**

Tel.: 0341/4217854 Fax: 0341/4217856 E-Mail: kanzlei@ra-hausmann.de Internet: www.ra-hausmann.de

Ich biete kompetente Terminvertretung bei allen Gerichten in Nürnberg und Umgebung in Zivilrechtsstreitigkeiten, familien- und arbeitsrechtlichen Angelegenheiten sowie Bußgeldsachen zu kollegialen Konditionen. Ich bin seit mehr als 13 Jahren als Anwältin erfolgreich tätig. Sie können sich auf meine gut vorbereitete Terminvertretung verlassen! Melden Sie sich auch kurzfristig telefonisch bei mir.

Tel: 0911 52 858 525

Versierter Volljurist in Pension möchte seine besondere Fachkompetenz im Insolvenz- u. Sanierungsrecht - auch durch Fachveröffentlichungen ausgewiesen - noch einbringen. Auch Gutachten, Terminvertretungen, Urlaubs- u. Krankheitsvertretungen möglich.

Herr Peter Antoni, Leisniger Str. 25b, 01127 Dresden, Tel.: 0151/25355582, E-Mail: zae.pesch@googlemail.com

Seminarleiter/in gesucht!

Wir suchen freiberufliche Rechtsanwälte/innen als Leiter/in für Seminare mit den Rechtsthemen Vertrags-/Bau-/Architekten- und Vergaberecht zur Verstärkung unseres Seminarleiter-Teams in Deutschland.

Vorherige Einarbeitung, Hospitieren und Stellen der Unterlagen wird von uns ermöglicht.

Zuschriften an: info@kanzlei-werler.de

Stellenangebote

Anwaltskanzlei mit Standorten in Löbnitz/Erzgebirge und Flöha sucht zur Erweiterung ihres Mitarbeiterkreises engagierte(n) Rechtsanwältin/Rechtsanwalt.

Die Tätigkeitsschwerpunkte werden überwiegend im Bereich des Zivil- und Arbeitsrechts liegen. Erwartet werden gute juristische Kenntnisse, eine sorgfältige Arbeitsweise sowie Teamfähigkeit. Ihre aussagekräftige Bewerbung mit Lebenslauf und Angabe Ihrer Vergütungsvorstellungen richten Sie bitte an: Rechtsanwälte Alexander Troll & Ivo Sieber, Chemnitzer Straße 2, 08294 Löbnitz oder an a.troll@troll-sieber.de.

RA in m. 3-5 J. Berufserf. in Einzelkanzlei für Tätigk. zun. Freie Mitarbeit u. bei Verständnis u. guter Zusammenarbeit erricht. Sozietät in Zwickau gesucht.

Kontakt: axel.goller@ra-goller.de

arbeitskanzlei gerhard Fachkanzlei für Arbeitsrecht in Leipzig (www.arbeitskanzlei.de) sucht ab 1. Januar 2013 (angehende) Fachanwälte/Fachanwältinnen für Arbeitsrecht oder Verwaltungsrecht, die ihren Tätigkeitsschwerpunkt im Arbeitsrecht und/oder Beamtenrecht in den gemeinsamen weiteren Ausbau unserer Fachkanzlei einbringen wollen. Wir freuen uns auf Ihre Kontaktaufnahme per E-Mail unter gerhard@arbeitskanzlei.de oder telefonisch mit Rechtsanwältin Manuela M. Gerhard unter Tel: 0341/5832635.

SCHENDERLEIN Rechtsanwälte beraten Städte und Gemeinden, Zweckverbände und Verwaltungsgemeinschaften, Architekten- und Ingenieurbüros sowie Bauunternehmen vorrangig im Verwaltungsrecht (Kommunal- und Kommunalabgabenrecht, öffentliches Baurecht, öffentliches Dienstrecht) sowie im privaten Bau- und Architektenrecht.

Zur Verstärkung unseres Teams suchen wir einen **Rechtsanwalt (m/w)** mit besonderem Interesse am Verwaltungsrecht sowie Baurecht und Architektenrecht. Der oder die Bewerber/-in sollte über gute juristische Kenntnisse und idealerweise bereits über Berufserfahrung verfügen. Aber auch Berufsanfänger erhalten eine Chance. Belastbarkeit, Flexibilität und Teamfähigkeit setzen wir voraus. Wir bieten ein angenehmes Arbeitsklima in einem Team aus erfahrenen Rechtsanwälten, eine gute Bezahlung mit Provisionsaussichten und Unterstützung bei der Qualifizierung zum Fachanwalt (m/w).

Ihre aussagekräftige Bewerbung richten Sie bitte an: SCHENDERLEIN Rechtsanwälte, RA Dr. jur. Volker Schenderlein, Käthe-Kollwitz-Straße 5, 04109 Leipzig, info@schenderlein.eu

Wir suchen ab dem 01.01.2013 eine/n Rechtsanwalt/in mit Schwerpunkt Arbeitsrecht.

Wir erwarten überdurchschnittliche juristische Fähigkeiten, sicheres und überzeugendes Auftreten mit Blick für wirtschaftliche Zusammenhänge.

Bitte senden Sie Ihre aussagekräftigen Bewerbungsunterlagen (mit Gehaltsvorstellung) an: SCHULZE Rechtsanwälte, Bautzner Str. 17, 01099 Dresden bzw. info@rasch-schulze.de

Wir sind eine moderne Kanzlei, welche gleichwohl auf eine über 40-jährige Tradition zurückblickt und sich ganz an den Bedürfnissen der betreuten Wirtschafts-

unternehmen ausrichtet. Wir verfügen über zwei Standorte in Döbeln und Dresden sowie zur Zeit über 7 Rechtsanwälte. Zur Verstärkung unseres Teams in **Döbeln und Dresden** suchen wir eine/n **Rechtsanwältin/Rechtsanwalt** mit den Schwerpunkten Mietrecht, Wettbewerbsrecht sowie Insolvenzrecht. Dabei erwarten wir überdurchschnittliche juristische Kenntnisse, wirtschaftliches Verständnis und eine präzise und gründliche Arbeitsweise.

Ihre aussagekräftigen Bewerbungsunterlagen senden Sie bitte an Rechtsanwälte Kulitzscher & Ettelt, Rudolf-Breitscheid-Straße 3, 04720 Döbeln, E-Mail: raettelt@kulitzscher-ettelt.de

Wir sind eine Sozietät von Wirtschaftsprüfern, Rechtsanwälten und Steuerberatern. Der Schwerpunkt unserer fachübergreifenden Tätigkeit liegt bei mittelständischen Unternehmen und Unternehmensgruppen. Zum nächstmöglichen Zeitpunkt suchen wir **eine/n Rechtsanwältin/Rechtsanwalt im Anstellungsverhältnis**, die/der uns im Bereich des Gesellschaftsrechtes, des Handelsrechtes sowie des gewerblichen Rechtsschutzes unterstützt.

Mehrjährige Berufserfahrung ist wünschenswert. Wir bieten Ihnen die Chance fach- und themenübergreifend im Team mit anderen Kolleginnen und Kollegen zu arbeiten.

Zuschriften bitte an: Sozietät Röber & Hess, Herrn Rechtsanwalt Oliver Hess, Trufanowstraße 8, 04105 Leipzig, Telefon 0341 561069-0, E-Mail hess@roeber-hess.de

Zur Verstärkung unseres Kanzleiteams suchen wir ab sofort eine/n **Rechtsanwältin/Rechtsanwalt**.

Voraussetzung sind sehr gute Kenntnisse im Zivilrecht, insbesondere im Vertragsrecht. Berufserfahrung ist wünschenswert, jedoch nicht Bedingung. Wir erwarten Engagement, pffiffiges Denkvermögen sowie die Bereitschaft zu überdurchschnittlichem und eigenverantwortlichem Arbeiten. Wir bieten eine abwechslungsreiche Tätigkeit mit leistungsorientierter Vergütung in einem jungen dynamischen Team.

Vertraulichkeit hinsichtlich der Bewerbung sichern wir zu. Bitte senden Sie Ihre Unterlagen an die Kanzlei, gern per E-Mail: info@ra-stefanschulz.de

Leipziger Anwaltverein

in Zusammenarbeit mit dem

Berliner Anwaltsverein, Anwaltverband Brandenburg, Landesanwaltverband Mecklenburg-Vorpommern, Anwaltverband Sachsen, Landesverband Sachsen-Anhalt im Deutschen Anwaltverein e.V. und dem Thüringer Anwaltsverband

Einladung

21. Leipziger Juristenball

Der Ball für Mitteldeutschland

Samstag, 9. März 2013

Leipziger Stadtbad, Eutritzscher Straße 21, 04105 Leipzig

Es erwartet Sie mit dem Leipziger Stadtbad ein Ballareal der ganz besonderen Art mit verschiedenen Lounge- und Tanzbereichen in einmaligem historischen Ambiente.

Niveaivolles Unterhaltungsprogramm und Tanz, u.a. mit dem Dresdner Salonorchester und den LAWRIDERS
Tombola mit hochwertigen Preisen zugunsten des „Fördervereins TABALUGA Kinderheim e.V.“

Exzellente Speisen und Getränke

Charmante Moderation durch Rechtsanwalt Uwe Karsten

Tischkarte 70,00 €, mit Frühbucherrabatt* 60,00 €

Komforttisch (10 Sitzplätze) 800,00 €, mit Frühbucherrabatt* 700,00 €

Festmenü 30,00 € pro Person, Gourmetmenü 50,00 € pro Person

Flanierkarte 40,00 €, mit Frühbucherrabatt* 30,00 €

Bitte benutzen Sie für die Kartenbestellung beiliegendes Bestellformular
bzw. die Möglichkeit der Kartenbestellung unter www.saxonia-catering.de

Festmenü

Vorspeise

Linsendüreesuppe mit geräucherter Entenbrust

Hauptgang

Gefüllte Maispouletbrust mit Dörrtomaten
und schwarzen Oliven, angerichtet auf einem Safranrisotto

Dessert

Baileyscrème mit in Honig gebackenen Bananen

Gourmetmenü

Vorspeise

Terrine vom Kalb,

Mizunasalat mit Johannisbeersülze an Shiitake mit Trüffel

Hauptgang

Entrecôte an Thymianjus mit glasiertem Datteltomaten-
Artischocken-Gemüse an Kartoffelbaumkuchen mit Muskatnote

Dessert

Orangenparfait an Granatapfeloße,
Erdbeermousse mit Basilikumwaffel
und Tarte au chocolat mit Himbeeren

Hotelreservierungen sind bis zum 26.01.2013 möglich:

Motel One Leipzig: 59 € EZ und 69 € DZ zzgl. Frühstück à 7,50 € p.P.

Stichwort: „Juristenball“

Nikolaistraße 23 | 04109 Leipzig

Tel. 0341.33 74 37 0 | Fax 0341.33 74 37 10 | Mail: leipzig@motel-one.com | www.motel-one.com

NOVOTEL LEIPZIG CITY: 99 € EZ und 114 € DZ jeweils inkl. Frühstück

Stichwort: „URB“

Goethestraße 11 | 04109 Leipzig | Tel. 0341.99 58 937 | Fax: 0341.99 58 935

Mail: h1784re@accor.com | www.novotel.com | www.accorhotels.com

The Westin Leipzig: ab 119 € DZ jeweils inkl. Frühstück

Stichwort: „Juristenball“

Gerberstraße 15 | 04105 Leipzig

Tel. 0341.98 81 075 | Fax: 0341.98 81 229 | Mail: reservations@westin-leipzig.com

www.westin-leipzig.com

Rahmenprogramm

Anmeldungen zu folgenden angebotenen Führungen sind bis 26.01.2013 mittels des Kartenbestellformulars bei der Saxonia-Catering GmbH & Co. KG erbeten.

Führung im Bundesverwaltungsgericht

Simsonplatz 1 | 04107 Leipzig

Sonntag, 10.03.13 um 11.30 Uhr

Führungskosten vor Ort: 2,50 € p.P. / Schüler u. Studenten: 1,50 € p.P.

Führung im Museum der bildenden Künste

Katharinenstraße 10 | 04109 Leipzig

Sonntag, 10.03.13 um 14.00 Uhr

Eintritt vor Ort zu entrichten: 8 € p.P.

HANDSCHUMACHER
KRUG
MERBECKS
RECHTSANWÄLTE

Für unseren Kanzleistandort in Dresden suchen wir zum nächstmöglichen Einstellungstermin

zwei Rechtsanwaltsfachangestellte/Rechtsfachwirte (m/w)

in Voll-/oder Teilzeit.

Nähere Informationen über unsere Rechtsanwaltssozietät erlangen Sie über www.handschumacher.de. Die vertrauliche Behandlung eingehender Bewerbungen wird versichert. Bei Interesse bitten wir um die Zusendung Ihrer Bewerbung entweder postalisch an Rechtsanwältinnen Handschumacher Krug Merbecks, Herrn Rechtsanwalt Reinhard Klose, Hoyerswerdaer Straße 3/5, 01099 Dresden, oder per e-Mail an RAKlose@handschumacher.de.

Rechtsanwalt (m/w).

Zivilrechtlich ausgerichtete Kanzlei mit Büros in Dresden und Görlitz sucht im Rahmen der Mitarbeit innerhalb eines Teams von 4 Berufsträgern (Fachanwälten) eine/n Kollegin/en mit der Bereitschaft zur Spezialisierung in Vollzeit, Teilzeit aber nach Absprache möglich. Weiterbildung zum Fachanwalt(in) erwünscht. Erfahrungen im Bereich des Gesellschaftsrechts, des Kapitalmarktrechts (gerne Ausbildung im Bankenbereich) sowie des gewerblichen Rechtsschutzes und des Mietrechts erwünscht, aber auch Bereitschaft, sich vertretungsweise in andere Gebiete des Zivilrechts einzuarbeiten.

Bewerbung mit den üblichen Unterlagen bevorzugt per Mail bewerbung@anwalt-dresden.de.

RAe Bullin + Weißbach, Unterer Kreuzweg 1, 01097 Dresden, www.anwalt-dresden.de

KMS Krauß Mäckler Schöffel

Wir sind eine wirtschaftsrechtlich ausgerichtete Sozietät, bestehend aus Rechtsanwälten, Steuerberatern und Wirtschaftsprüfern. Zu unseren Mandanten zählen zum überwiegenden Teil mittelständische Unternehmen und öffentliche Einrichtungen. Zum überwiegenden Teil werden wir für unsere Mandanten beratend und gestaltend tätig. Hierbei gilt es, komplexe Sachverhalte zu erfassen und Lösungsansätze zu erarbeiten, die über eine rein rechtliche Bewertung hinausgehen. Derzeit sind wir mit ca. 20 Berufsträgern an 5 Standorten vertreten.

Zur Verstärkung unserer Niederlassung in Chemnitz suchen wir einen

Rechtsanwalt (m/w)

für die Bereiche Wirtschaftsrecht und allgemeines Zivilrecht. Wir erwarten, wirtschaftliches Denken und hohe Sozialkompetenz beim Umgang mit unseren Mandanten. Ebenso eine überdurchschnittliche Leistungsbereitschaft. Vom ersten Tag an übernehmen Sie Verantwortung und haben die Möglichkeit, sich durch externe sowie interne Fortbildung stetig weiterzuentwickeln.

Bewerbungen richten Sie bitte an: KMS Krauß Mäckler Schöffel, Herrn Rechtsanwalt Thomas Feiler, Am Rathaus 2, 09111 Chemnitz (E-Mail: t.feiler@kms-kanzlei.de, Internet: www.kms-kanzlei.de).

Verkehrsrechtlich orientierte Rechtsanwaltskanzlei in Dresden sucht ab sofort

Rechtsanwältin/Rechtsanwalt,

möglichst mit Erfahrung auf dem Gebiet des Verkehrs-zivil- und Verkehrsstrafrechts.

Bitte senden Sie Ihre aussagekräftigen Bewerbungsunterlagen an Rechtsanwältinnen Fertig • Frenzel & Kollegen, z. H. Frau Sperling, Nossener Brücke 10, 01187 Dresden, Telefon: 0351/40766748, E-Mail: bewerbung@fertig-frenzel.de

Rechtsanwalt (m/w) Zwickau [sofort, unbefr., Vollzeit]

Wir sind eine überregionale Wirtschaftsrechtskanzlei mit insolvenzrechtlichem Schwerpunkt.

Zur Verstärkung unseres Teams in Zwickau suchen wir zum nächstmöglichen Zeitpunkt einen/eine **Rechtsanwalt/Rechtsanwältin** im Bereich Insolvenzverwaltung.

Sie unterstützen unser Team bei der Bearbeitung von Insolvenzverfahren. Wir legen hierbei großen Wert auf eine selbstständige und verantwortungsbewusste Arbeitsweise und ein Verständnis für wirtschaftliche Zusammenhänge.

Wenn wir Ihr Interesse für diese anspruchsvolle und vielseitige Tätigkeit geweckt haben, freuen wir uns über Ihre Bewerbung. Diese richten Sie bitte an SCHENK LECHLEITNER KRÖSCH Rechtsanwälte Steuerberater, Herr Rechtsanwalt Matthias Lechleitner, Schumannstraße 9, 08056 Zwickau oder per Email an karriere@slk-rechtsanwaelte.de

Wir betreiben eine mit Schwerpunkten besetzte Allgemeinkanzlei an den Standorten Chemnitz und Crottendorf. Für unseren Standort in Crottendorf/Erzgebirge suchen wir für ab sofort einen

Rechtsanwalt (m/w),

möglichst mit erster Berufserfahrung mit Freude an der Zusammenarbeit und dem Umgang mit Menschen. Zum wirtschaftlichen Betrieb bedarf es einer entsprechenden Leistungsbereitschaft, gutes Fachwissen setzen wir voraus.

Über eine Bewerbung freuen wir uns. Diese richten Sie bitte an: Anwaltskanzlei Schulte, Rechtsanwalt Thomas Schulte, Clausstr. 72, 09126 Chemnitz bzw. anwaltskanzlei@ra-schulte.de.

Wir suchen ab dem 01.12.2012 einen Rechtsanwalt (m/w) für die Fachbereiche Arbeitsrecht und Familienrecht.

Vorkenntnisse bzw. Fachanwaltsausbildung in diesen Bereichen sowie mindestens befriedigende Examina wären wünschenswert.

Bitte lassen Sie uns Ihre aussagekräftige Bewerbung (mit Gehaltsvorstellung) per Email zukommen. Mail: kuehne@kuehne-rechtsanwaelte.de

Wir arbeiten als Restrukturierer und Insolvenzverwalter in der Schnittmenge von Wirtschaft und Recht mit Büros in Berlin, Dresden, Frankfurt/Main, Köln und Leipzig. Zur Unterstützung unserer an den Standorten in Leipzig und Berlin tätigen Verwalter suchen wir hochmotivierte Rechtsanwälte (m/w) mit profunden Kenntnissen.

Sie sind interessiert? Dann freuen wir uns auf Ihre Bewerbung. VOIGT SALUS. Rechtsanwälte und Insolvenzverwalter. leipzig@voigtsalus.de

Wir bieten eine Stelle für eine/n Rechtsanwalt/Rechtsanwältin/Referendar in unserer Kanzlei ab 01.01.2013 in Leipzig.

Das Tätigkeitsgebiet umfasst vorrangig die Bearbeitung verkehrsrechtlicher und mietrechtlicher Fälle. Wir bieten die Möglichkeit, in diesen Rechtsgebieten auch einen Fachanwaltstitel mit unserer Unterstützung zu erwerben.

Rechtsanwalt Henry Bach, Peterssteinweg 1, 04107 Leipzig, Tel. 0341 9839246, E-Mail: Rechtsanwalt-Bach@online.de

Ein Schwerpunkt unserer Kanzlei ist die Vertretung von größeren Körperschaften in anspruchsvollen Zivilverfahren. Für die Begutachtung dieser Fälle suchen wir einen **wissenschaftliche Mitarbeiter oder eine wissenschaftliche Mitarbeiterin** mit gehobener juristischer Qualifikation. Die Fallbearbeitung kann ortsunabhängig erfolgen (Dokumentaustausch per E-Mail). Sie arbeiten ausgesprochen präzise am Sachverhalt und argumentieren juristisch kreativ und mit wissenschaftlichem Anspruch?

Sie haben Interesse an einer langfristigen, attraktiv vergüteten und seriösen Nebentätigkeit?

Dann freuen wir uns über eine Nachricht von Ihnen, in der Sie bitte kurz Ihre Kompetenz darstellen wollen.

Prof. Dr. Jürgen Schwarz (schwarz@ksuk.de, www.ksuk.de)

Ich betreibe eine vorwiegend steuerrechtlich ausgerichtete Kanzlei mit Sitz in Görlitz. **Gesucht wird ein Rechtsreferendar (m/w), der in unserem Team seine Anwalts- oder Wahlstation ableisten möchte.** Aufgrund der Ausrichtung der Kanzlei haben Sie die Möglichkeit auch Fälle aus dem Handels- und Gesellschaftsrecht sowie aus dem Schuldrecht zu bearbeiten. Bei der Auswahl des Referendars (m/w) steht weniger die Examensnote, als das echte Interesse am Beruf des Rechtsanwaltes im Vordergrund. Sie haben Gelegenheit notwendige Examensvorbereitungen in unseren auswärtigen Konferenz- und Repräsentationsräumen, landschaftlich reizvoll gelegen, zu erledigen.

Bitte schreiben Sie in Ihrer Bewerbung auch, was Sie motiviert bei uns auf Zeit mitzuarbeiten.

Bewerbung bitte an: Kanzlei Rainer Volz, Wilhelmsplatz 9, 02829 Görlitz bzw. per E-Mail an kanzlei-volz@t-online.de oder Telefon: (03581) 40 75 53, Telefax (03581) 40 75 74.

Wir suchen ab sofort eine/n Assessorin/Assessor.

Voraussetzung sind sehr gute Kenntnisse im Zivilrecht, insbesondere im Vertragsrecht. Berufserfahrung ist wünschenswert, jedoch nicht Bedingung. Wir erwarten Engagement, pfliffiges Denkvermögen sowie die Bereitschaft zu überdurchschnittlichem und eigenverantwortlichem Arbeiten. Wir bieten eine abwechslungsreiche Tätigkeit mit leistungsorientierter Vergütung in einem jungen, dynamischen Team. Des Weiteren bieten wir eine Stelle als Referendarin/Referendar [Referendarstationen oder Nebentätigkeit]. Weitere Informationen zu unserer Kanzlei finden Sie auf unserer Homepage www.ra-stefanschulz.de.

Vertraulichkeit hinsichtlich der Bewerbung sichern wir zu. Bitte senden Sie Ihre Unterlagen an die Kanzlei, gern per E-Mail: info@ra-stefanschulz.de

Wir sind eine mittelständische Kanzlei im Herzen Leipzigs und schwerpunktmäßig im Zivilrecht (insbesondere Vertrags-, Verkehrs- und Gesellschaftsrecht), Steuerrecht sowie Sozialrecht tätig. **Zur Unterstützung unseres Teams suchen wir Praktikanten/-Innen und Referendare/Innen.**

Kurzbewerbungen der Umwelt zuliebe bitte ausschließlich per Email an RHR Rechtsanwälte (z.Hd. Herrn RA Richter): info@rhr-kanzlei.de

Insolvenzfachbearbeiter (m/w) Zwickau [sofort, unbefr., Vollzeit]

Wir sind eine überregionale Wirtschaftsrechtskanzlei mit insolvenzrechtlichem Schwerpunkt. Wir suchen zum nächstmöglichen Zeitpunkt einen Insolvenzfachbearbeiter (m/w), für unseren Standort in Zwickau, der unser Team bei der Bearbeitung von Insolvenzverfahren, insbesondere im Bereich der Schlussrechnungslegung unterstützt. Wir legen hierbei großen Wert auf eine selbständige und verantwortungsbewusste Arbeitsweise und ein Verständnis für wirtschaftliche Zusammenhänge.

Sie sollten eine abgeschlossene Ausbildung zur/zum Rechtsanwalts- bzw. Steuerfachangestellte/n haben und über Buchhaltungskennntnisse verfügen. Weiterhin zeichnen Sie sich durch ein sicheres Auftreten, Teamfähigkeit und Engagement aus.

Ihre Bewerbung richten Sie bitte unter Angabe Ihrer Gehaltsvorstellung ausschließlich per E-Mail an Herrn Rechtsanwalt Christian Krösch unter: karriere@slk-rechtsanwaelte.de SCHENK LECHLEITNER KRÖSCH Rechtsanwälte Steuerberater, Schumannstraße 9, 08056 Zwickau, www.slk-rechtsanwaelte.de.

Rechtsanwaltsfachangestellte/n gesucht!

Wir suchen zum nächstmöglichen Termin eine engagierte(n) und versierte(n)

Rechtsanwaltsfachangestellte(n) / Rechtsfachwirt (-in).

Neben den regelmäßigen Aufgaben eines / einer Rechtsanwaltsfachangestellten/ Rechtsfachwirt(-in) werden Sie z.T. auch für die Kanzleiorganisation, die Koordination von Terminen und Dienstreisen sowie die Vorbereitung von Veranstaltungen und Präsentationen zuständig sein. Wir erwarten eine selbstständige und gewissenhafte Arbeitsweise, Verantwortungsbewusstsein, Zuverlässigkeit, einwandfreie Beherrschung der deutschen Sprache in Wort und Schrift sowie einen sicheren Umgang mit den MS-Office-Programmen, Datev/Phantasy bzw. vergleichbaren Programmen.

Wenn Sie darüber hinaus berufliche Herausforderungen als unabdingbar für Ihr persönliches Fortkommen ansehen und Freude an ihrer Arbeit und dem Umgang mit Geschäftspartnern und Mandanten haben senden Sie Ihre vollständige Bewerbung bitte an: Sozietät Witt Roschkowski Dieckert, Königstraße 4, 01097 Dresden oder per E-Mail: dresden@wrd.de

Suche Refa mit Berufserfahrung als Büroleiter/in.

Beherrschung von RA-Micro, Zwangsvollstreckung, Lohn- u. Finanzbuchhaltung erforderlich.

Rechtsanwalt Wind, Gustav-Adolf-Straße 25, 04105, Leipzig, E-Mail: wind@wind-rechtsanwaelte.de

Wir suchen ab dem 01.01.2013 für unser Referat mit straf- und familienrechtlichem Schwerpunkt eine(n) engagierte(n) und selbstständig arbeitende(n) Rechtsanwaltsfachangestellte(n).

Wir erwarten sehr gute Kenntnisse in den Bereichen Straf- und Familienrecht, Kosten- und Gebührenrecht, Mahn- und Klagewesen sowie Zwangsvollstreckung. Sie sollten darüber hinaus über sichere Computerkenntnisse, insbesondere in der Anwendung von MS Office, Internet und Outlook verfügen. Kenntnisse der Anwaltssoftware Renostar wären von Vorteil, sind aber nicht Voraussetzung. Wir freuen uns auf Ihre aussagekräftige Bewerbung an BSK Rechtsanwälte, Frau Rechtsanwältin Caroline Kager, Hospitalstraße 12, 01097 Dresden bzw. c.leder@kanzlei-bsk.de.

Rechtsanwaltsfachangestellte/r ab dem 01.12.2012 in Vollzeit für Büro in Eilenburg gesucht.

Aufgaben: vollständige Einbeziehung in das Tagesgeschäft, Erstellung vielfältiger Korrespondenz, selbständige Bearbeitung von Zwangsvollstreckungsakten, Erledigung organisatorischer Aufgaben. Wir erwarten eine sorgfältige und zuverlässige Arbeitsweise - auch in zeitkritischen Situationen. Kenntnis und guter Umgang mit Kanzleisoftware „Advolux“ gewünscht, aber nicht Voraussetzung. Rechtsanwaltskanzlei Lemm, Leipziger Straße 53, 04838 Eilenburg, E-Mail: bianca.lemm@pbwg.de

Wir sind eine Sozietät von Wirtschaftsprüfern, Rechtsanwälten und Steuerberatern. Der Schwerpunkt unserer fachübergreifenden Tätigkeit liegt bei mittelständischen Unternehmen und Unternehmensgruppen. Zum nächstmöglichen Zeitpunkt suchen wir **eine/n Rechtsanwaltsfachangestellte/n.**

Sie verfügen über einige Jahre Berufserfahrung, besitzen Kenntnisse im RA-Micro und sind flexibel einsatzbereit. Weiterhin arbeiten Sie gerne im Team, schätzen gleichwohl die Möglichkeit zur

Eigeninitiative, überzeugen durch Ihr sympathisches und gewinnendes Auftreten. Wir würden uns deshalb gerne mit Ihnen in einem persönlichen Gespräch über eine Mitarbeit unterhalten und freuen uns auf Ihre aussagefähigen Unterlagen, die Sie bitte richten an:

Sozietät Röber & Hess, Herrn Rechtsanwalt Oliver Hess, Trufanowstraße 8, 04105 Leipzig, Telefon 0341 561069-0, E-Mail: leipzig@roeber-hess.de.

Rechtsanwaltsfachangestellte/r gesucht

Rechtsanwaltsfachangestellte/r für Kanzlei in Innenstadt Leipzig gesucht. Voraussetzung sind fachliche Kompetenz, Engagement, Mandantenorientierung und freundliche Ausstrahlung. Vollzeit oder Teilzeit möglich.

Bewerbung per E-Mail an ragross@advogross.de.

Ich suche ab sofort eine Rechtsanwaltsfachangestellte/-anwaltssekretärin in Teilzeit (15-20 Std./Woche).

Bitte senden Sie Ihre vollständige Bewerbungsunterlagen an die Anwaltskanzlei Dr. Schnur, z.H. Frau RAin Carl, Lampestr. 6, 04107 Leipzig, per E-Mail schnur@anwaltskanzlei-schnur.de

Unsere Leipziger Kanzlei sucht zur Verstärkung unseres auf Verwaltungsrecht spezialisierten Teams zum nächstmöglichen Termin eine/n Rechtsanwaltsfachangestellte/n.

Sie verfügen über eine schnelle Auffassungsgabe und arbeiten gründlich und gewissenhaft. Sie können sich sehr gut in Wort und Schrift ausdrücken. Sie treten freundlich und zuvorkommend auf. Im Umgang mit MS-Office und in der Gebührenabrechnung sind Sie Sicher. Dann senden Sie Ihre aussagekräftigen Bewerbungsunterlagen an Dr. Selbmann & Bergert, z.H. Frau Ehrke, August-Bebel-Str. 38, 04275 Leipzig oder per E-Mail an kontakt@selbmann-bergert.de

Für unsere überwiegend insolvenzrechtlich ausgerichtete Dresdner Anwaltskanzlei suchen wir zum nächstmöglichen Zeitpunkt eine(n) Rechtsanwaltsfachangestellte(n) in Vollzeit (unbefristet).

Sie sind sicher im Umgang mit den zum MS Office Paket gehörenden Programmen und haben grundlegende Kenntnisse im RA-Micro. Weiterhin wird ein freundliches Auftreten, Sicherheit im

persönlichen und telefonischen Umgang mit Mandanten, Organisationsgeschick, selbständiges Arbeiten sowie Flexibilität und Belastbarkeit vorausgesetzt.

Ihre aussagekräftigen Bewerbungsunterlagen (gern auch per Mail) senden Sie bitte an: Rechtsanwälte Niemeyer-Uhlmann & Lassig, z. H. Herrn Rechtsanwalt Thomas Lassig, Budapester Straße 5, 01069 Dresden, Mail: dresden@kanzlei-nul.de

Wir suchen ab sofort als Schwangerschafts-/Elternzeitvertretung eine(n) engagierte(n) und zuverlässige(n) Rechtsanwaltsfachangestellte(n).

Die Tätigkeit umfasst insbesondere:

- das Fertigen von Schriftsätzen nach Diktat

- Bearbeitung des Mahn- und Vollstreckungswesens

- Termin- und Fristenmanagement

Kenntnisse der Anwaltssoftware Renostar wären von Vorteil, sind aber nicht Voraussetzung. Die Arbeitszeiten liegen zwischen 8 - 17 Uhr. Die zu besetzende Stelle ist in Teilzeit (Gleitzeit 30 Std.) bzw. Vollzeit vorgesehen.

Wir freuen uns auf Ihre aussagekräftige Bewerbung. Rechtsanwaltskanzlei Leist - Piwarz, Voglerstraße 23, 01277 Dresden, kanzlei@lp-rechtsanwaelte.de

Wir suchen ab 15.02.2013 für unsere Kanzlei in Dresden eine(n) gut ausgebildete(n), engagierte(n) und selbstständig arbeitende(n) Rechtsanwaltsfachangestellte(n) in Vollzeit.

Sie sollten eine erfolgreich abgeschlossene Berufsausbildung zum/zur Rechtsanwaltsfachangestellten besitzen, sehr gute Kenntnisse in MS Office und RA Micro mitbringen sowie einen hohen Anspruch an die eigene Tätigkeit haben, gute Ausdrucks- und Umgangsformen sind für Sie selbstverständlich. Wir bieten Ihnen eine interessante und abwechslungsreiche Tätigkeit, ein freundliches Team sowie einen Arbeitsplatz in zentraler Lage.

Haben wir Ihr Interesse geweckt? Dann senden Sie Ihre vollständigen Bewerbungsunterlagen an: Rechtsanwalt Franz Leyser, Budapester Str. 5, 01069 Dresden oder per mail an mail@ra-leyser.de

Wir suchen ab sofort für unsere Kanzlei in Chemnitz eine/n selbstständig arbeitende/n Rechtsanwaltsfachangestellte/n mit abgeschlossener Berufsausbildung in Teilzeit (15 Stunden/Woche).

Bitte senden Sie Ihre vollständige Bewerbung persönlich/vertraulich an: Rechtsanwaltskanzlei Robert Laun, Fürstenstraße 30, 09130 Chemnitz.

Wir sind eine langjährig etablierte Rechtsanwaltskanzlei mit einem hohen Qualitätsanspruch und ausgeprägten fachlichen Spezialisierungen mit zurzeit 5 Anwältinnen und Anwälten. Der Schwerpunkt der Kanzlei liegt im Verkehrsrecht. **Hierfür suchen wir ab sofort eine Rechtsanwaltsfachangestellte in Vollzeit.**

Wir erwarten: gute EDV-Kenntnisse, sichere Kenntnisse im RVG, Teamfähigkeit, Flexibilität, ein hohes Maß an Eigeninitiative und hohe Belastbarkeit. Hauptsächliches Aufgabengebiet ist die Bearbeitung von Verkehrsunfällen. In diesem Bereich setzen wir bereits Berufserfahrung voraus.

BMDD Buder & Mühlbauer, Käthe-Kollwitz-Ufer 98, 01309 Dresden

Wir suchen zum 01.01.2013 für unser Büro in Dresden eine/n engagierte/n zuverlässige/n Rechtsanwaltsfachangestellte/n in Teilzeit.

Zu Ihren Aufgaben gehören alle berufstypischen Tätigkeiten, wobei das Schreiben nach Phonodiktat, die Notierung und Kontrolle von Fristen sowie die Berechnung von Gebühren einen wesentlichen Teil Ihrer Tätigkeit ausmacht. Sie haben Freude an Ihrem Beruf und verfügen

über sichere RA-Micro-Kenntnisse. Ihre Bewerbung richten Sie bitte per Email an: kraft@ra-gz.de

Wir suchen zum nächstmöglichen Zeitpunkt für unsere Kanzlei in Leipzig eine/n zuverlässige/n, engagierte/n und selbständige/n Rechtsanwaltsfachangestellte/n (Voll- oder Teilzeit) mit fundierten Kenntnissen im Mahnwesen, in der Zwangsvollstreckung und im Kosten- und Gebührenrecht sowie im Umgang mit RA-Micro. Wir bieten eine leistungsgerechte Vergütung und Fortbildungsmöglichkeiten von Anfang an.

Bitte richten Sie Ihre Bewerbung unter Angabe Ihrer Gehaltsvorstellung per Mail an Rechtsanwalt Dr. Thilo Korn unter hoefner@korn-voigt.de

Rechtsanwaltsfachangestellte (m/w) Dresden [sofort, unbefr., Vollzeit]

Wir sind eine überregionale Wirtschaftsrechtskanzlei mit insolvenzrechtlichem Schwerpunkt. Wir suchen zum nächstmöglichen Zeitpunkt eine Rechtsanwaltsfachangestellte (m/w), für unseren Standort in Dresden, die unsere Rechtsanwälte bei der Prüfung und Durchsetzung insolvenzrechtlicher Ansprüche unterstützt. Sie verfügen über Eigeninitiative und Organisationsgeschick, sind belastbar und haben Selbstvertrauen. Sie haben darüber hinaus ein freundliches, kommunikatives und unkompliziertes

Auftreten und arbeiten gerne im Team. Die Stelle kann in Vollzeit oder in Teilzeit angeboten werden.

Ihre Bewerbung richten Sie bitte unter Angabe Ihrer Gehaltsvorstellung ausschließlich per E-Mail an Herrn Rechtsanwalt Christian Krösch unter: karriere@slk-rechtsanwaelte.de, SCHENK LECHLEITNER KRÖSCH Rechtsanwälte Steuerberater, Radeberger Straße 23, 01099 Dresden, www.slk-rechtsanwaelte.de

Wir suchen zur Verstärkung unseres Teams eine/n Rechtsanwaltsfachangestellte/n.

Erwartet werden sehr gute Kenntnisse in den Bereichen Mahn- und Klagewesen, Zwangsvollstreckung und Gebührenabrechnung. Sie sollten darüber hinaus über sichere Computerkenntnisse, insbesondere in der Anwendung von RA Micro, MS Office, Internet und Outlook verfügen. Wir wünschen uns eine nette, aufgeschlossene und selbstbewusste Persönlichkeit mit Organisationstalent, Engagement und Teamgeist.

Ihre aussagekräftigen Bewerbungsunterlagen senden Sie bitte an die unten angegebene Adresse. Wir bitten um Verständnis, dass wir die Rücksendung von Bewerbungsmappen ohne frankierten Rückumschlag nicht zusichern können. SCHENDERLEIN Rechtsanwälte, RA Dr. jur. Volker Schenderlein, Käthe-Kollwitz-Straße 5

04109 Leipzig, info@schenderlein.eu

Für die eigene Sicherheit.

Die Haftpflichtversicherung für Rechtsanwälte und Steuerberater.

Ihr Risiko können wir Ihnen nicht abnehmen ... aber wir machen es kalkulierbar!

Fehler und Irrtümer sind nicht nur ärgerlich, sondern oft genug auch teuer, weil aus ihnen Ansprüche erwachsen, für die man haften muss. Deshalb schreibt der Gesetzgeber die Vermögensschadenhaftpflicht-Versicherung vor. Zum Schutz Ihrer Mandanten – und zum Schutz vor Ihren Mandanten.

Ratzke & Ratzke
VERSICHERUNGSMAKLER GMBH

Anzeigenpreise 2013

Für Anzeigen im Rundschreiben und auf der Homepage der RAK Sachsen gelten seit 01.06.2012 folgende Preise:

1. Kleinanzeigen (ungestaltet, nur Fließtext)

	Stellenangebote/-gesuche von Mitgliedern und Rechtsanwaltsfachangestellten	Andere**
bis 400 Zeichen* ohne chiffre	kostenfrei	30,00 €
über 400 Zeichen* ohne chiffre	30,00 €	50,00 €
bis 400 Zeichen* mit chiffre	50,00 €	70,00 €
über 400 Zeichen* mit chiffre	70,00 €	100,00 €

* mit Leerzeichen, ** Anzeigen, die keine Stellenangebote bzw. -gesuche sind und sämtliche Anzeigen Dritter

2. Gestaltete Anzeigen (mit Logo, Rahmen, Schriftzügen etc. – Formate: PDF, TIFF oder JPG)

	Für Mitglieder und Rechtsanwaltsfachangestellte	Andere
Ganze Seite	1.000,00 €	1.500,00 €
Halbe Seite	500,00 €	750,00 €
1/4 – Seite	250,00 €	500,00 €
1/8 – Seite (Mindestgröße)	125,00 €	250,00 €

Für unsere Kanzlei in zentraler Lage in Leipzig wird eine zuverlässige und freundliche Rechtsanwaltsfachangestellte in Teilzeit (25-30 Std) gesucht.

Ihre Bewerbung richten Sie bitte an: RAin.Leipzig@t-online.de

Wir suchen für unsere Kanzlei in Leipzig eine zuverlässige, engagierte und selbständig arbeitende Rechtsanwaltsfachangestellte/n in Vollzeit. Sichere Computerkenntnisse und fachliche Kompetenz werden vorausgesetzt. Bitte richten Sie Ihre Bewerbung unter Angabe Ihrer Gehaltsvorstellung per Mail an RAe Schindler & Salomon unter ra.katrinschindler@web.de.

Für unsere Leipziger Kanzlei suchen wir zum nächstmöglichen Zeitpunkt eine(n) zuverlässige und selbständig arbeitende(n) Rechtsanwaltsfachangestellte(n) in Vollzeit mit fundierten Kenntnissen im Mahnwesen/in der Zwangsvollstreckung, im Gebührenrecht und insbesondere in der Anwendung von RA Micro. Ihre Bewerbung mit Angabe Ihrer Gehaltsvorstellung richten Sie bitte per E-Mail an die Rechtsanwälte Skoruppa, Artmann, Zimmermann & Partner GbR unter nuendel@sazgbr.de

Rechtsanwaltsfachangestellte/r gesucht! Leipziger Kanzlei mit Schwerpunkt Arbeitsrecht sucht ab 01.03.2013

/ 01.04.2013 eine/n zuverlässige/n und engagierte/n Rechtsanwaltsfachangestellte/n in Vollzeit. Wir erwarten gute Kenntnisse im Kosten-, Gebühren- und Zwangsvollstreckungsrecht sowie eine selbständige und gewissenhafte Arbeitsweise, insbesondere hinsichtlich der Fristenüberwachung. Ein sicherer Umgang mit der Anwaltssoftware RA-Micro ist von Vorteil.

Ihre aussagefähige Bewerbung senden Sie bitte an: Rechtsanwälte Niemiets & Kollegen, Shakespearestraße 7, 04107 Leipzig

Battke Grünberg Rechtsanwälte Partnerschaftsgesellschaft ist mit 13 Rechtsanwälten eine der größeren Wirtschaftsrechtskanzleien Sachsens.

Wir suchen zum 1. August 2013 eine/n Auszubildende/n zur/zum Rechtsanwaltsfachangestellten (m/w).

Zu Ihren Aufgaben gehören Erlernen der Büroorganisation und Kennenlernen der Büropraxis, Einarbeitung in Kostenrecht und Fristenkontrolle, Mitarbeit bei Mahn- und Zwangsvollstreckungsverfahren, Erlernen abteilungsbezogener Assistenzaufgaben. Wenn Sie einen guten bis sehr guten Realschulabschluss oder (Fach-)Hochschulreife und gute Englischkenntnisse vorweisen können, sicher im Umgang mit den MS-Office Programmen sind, sorgfältig und zuverlässig arbeiten, gern organisieren und ein freundliches und souveränes Auftreten besitzen, be-

werben Sie sich gern.

Kontakt: Battke Grünberg Rechtsanwälte Partnerschaftsgesellschaft, Frau Anja Klug-Runge, Am Waldschlösschen 2, 01099 Dresden, Tel: + 49 351 563 90 26, Fax: + 49 351 563 90 99, E-Mail: klug-runge@battke-gruenberg.de, www.battke-gruenberg.de

Ausbildungsplatz

Wir suchen ab August 2013 eine/n Auszubildende/n im Beruf der/des Rechtsanwaltsfachangestellten.

Bewerber sollten Abitur oder einen überdurchschnittlichen Realschulabschluss anstreben und Interesse an der Tätigkeit in einer Rechtsanwaltskanzlei mit Schwerpunkt im Insolvenzrecht haben. Gute Schulkenntnisse der englischen Sprache oder einer anderen Fremdsprache wären von Vorteil. Wir bieten eine Vergütung oberhalb den Empfehlungen der Rechtsanwaltskammer an.

Bewerbungen senden Sie bitte an MUNZ Rechtsanwälte, Frau Ammermann, persönlich/vertraulich, Gustav-Adolf-Straße 6b, 01219 Dresden.

Auszubildende/r zur/zum Rechtsanwaltsfachangestellten gesucht!

Wir sind eine der großen Anwaltskanzleien in Sachsen mit derzeit 15 Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälten. Seit 1990 beraten und vertreten wir Unternehmen und Privatpersonen. Durch eine hohe Spezialisierung in allen wesentli-

chen Fachgebieten sind wir kompetente Partner in geschäftlichen und privaten Rechtsfragen. – Beste Voraussetzungen für einen erfolgreichen Berufsstart.

Sie werden das Abitur/die Berufsschule mit guten Noten abschließen. Sehr gute Rechtschreib- und Grammatikkenntnisse bringen Sie ebenso mit wie PC-Kenntnisse (Microsoft Office, 10-Finger-System wünschenswert). Persönlich zeichnen Sie sich durch Zuverlässigkeit, Teamfähigkeit, Engagement sowie Freude am Lernen aus und zeigen Interesse an den vielseitigen Aufgaben im Sekretariat einer Anwaltskanzlei. Sie gehen gern auf Menschen zu und verfügen über gute Umgangsformen. Ein gepflegtes Erscheinungsbild ist für Sie selbstverständlich.

Die Möglichkeit, in ausbildungsrelevante Rechtsgebiete einen umfassenden Einblick zu gewinnen, erleichtert es Ihnen, eine kontinuierliche Verbindung zwischen theoretischen Kenntnissen und praktischen Erfahrungen herzustellen. Sie erwartet bei uns neben einem modernen Arbeitsplatz und angenehmer Arbeitsatmosphäre eine interessante Ausbildung mit Perspektive.

Bewerben Sie sich bei uns! Unterstützen Sie uns ab 1. August 2013 als Auszubildende/r zur/zum Rechtsanwaltsfachangestellten.

Kontakt: Rechtsanwälte Kucklick Wilhelm Börger Wolf & Söllner, Frau Kathrin Berndt, Palaisplatz 3, 01097 Dresden, E-Mail: berndt@dresdner-fachanwaelte.de, www.dresdner-fachanwaelte.de

Stellengesuche

Engagierte RAin, 41 Jahre, sucht Kanzleinachfolge oder Einstieg in Partnerschaft im Großraum Freiberg.
Tel: 0351-4843545

Rechtsanwältin (Präd.examen) mit mehrj. Berufserfahrung auf dem Gebiet des Arbeits-, Bau- und Architektenrechts, zuletzt tätig in der öffentlichen Verwaltung, breites anwendbares juristisches Fachwissen, sucht neue berufliche Herausforderung und Perspektive in Kanzlei, Unternehmen oder Verband vorzugsweise in Dresden und Umgebung.
Eine erste Kontaktaufnahme wird erbeten unter: RechtsanwaeltinDD@web.de.

Seit 2004 in Dresden zugelassene und bisher selbstständig tätig **Rechtsanwältin (36)** sucht Anstellung bei Rechtsanwaltskanzlei in Dresden und Umgebung

(50 km), bevorzugt in Teilzeit. Bisherige Tätigkeitsgebiete: Zivilrecht, FamR, MietR, Sozialrecht.

Kontakt: mspallek@gmail.com

Ambitionierte, unternehmerisch denkende Rechtsanwältin mit mehrjähriger Berufserfahrung als Rechtsanwältin und Niederlassungsleiterin (Umsatz- und Personalverantwortung), FA-Ausbildung Arbeits- und Medizinrecht, praktischen Kenntnissen und Erfahrungen im Arbeits-, Sozialversicherungs- und Medizinrecht, insbesondere auf Leistungserbringerseite, mit gewachsenem Netzwerk sowie einschlägigen Erfahrungen als Lehrbeauftragte/ Dozentin sucht aus ungekündigter Position eine neue berufliche Herausforderung mit Handlungsspielraum und Perspektive in Unternehmen, Verband, Verein bzw. Kanzlei mit Fokus auf die Gesundheits- und Sozialwirtschaft.

Eine erste Kontaktaufnahme wird unter: RAin_sachsen@aol.de erbeten.

RA mit mehrjähriger Berufserfahrung vorw. im Zivilrecht (insbes. FamR und ArbeitsR), aber auch im Verw.- u. SozR sofort einsetzbar, sucht Nebentätigkeit in DD od. Umg. auf Honorarbasis, idealerw. um die 20 Std. wöchentl. Zuverlässigkeit u. selbst. Arbeiten selbstverständlich, gleich ob bei Recherchearbeiten, in Beratungen, im Formulieren oder vor Gericht. Anfragen bitte an joora@web.de

Engagierte und zuverlässige Volljuristin (Examina mit 6,06 und 4,92 Punkten) sucht als Berufseinsteigerin in anwaltlicher Tätigkeit Kanzlei im Raum Döbeln, Dresden, Chemnitz oder Leipzig zum nächstmöglichen Zeitpunkt. Interessenschwerpunkt liegt im allgemeinen Zivilrecht und Steuerrecht, aber auch offen für Einarbeitung in andere Gebiete.

Bei Interesse bitte melden unter claudia.piasecki@yahoo.de

Engagierte Rechtsfachwirtin mit mehrjähriger Berufserfahrung einschließlich Kenntnissen in ZV und Buchhaltung sucht neuen Wirkungskreis in Dresden. Bewerbungsunterlagen werden auf Anfrage gern übermittelt.

Kontakt: Rechtsfachwirtin-DD@gmx.de

33jährige, ausgebildete Rechtsanwaltsfachangestellte mit 14jähriger Berufserfahrung sucht zum nächstmöglichen Zeitpunkt eine Anstellung im Raum Großenhain, Meißen, Riesa oder auch

Dresden. Nach Beendigung einer Elternzeitvertretung suche ich eine neue berufliche Herausforderung. Aufgrund meiner langjährigen Berufserfahrung bin ich mit allen berufstypischen Aufgaben vertraut und erledige diese sehr eigenständig. Neuen Aufgabengebieten stehe ich sehr positiv gegenüber.

Aber wie soll sich ein Mensch in so wenigen Zeilen vorstellen, zu einer so umfangreichen und verantwortungsvollen Tätigkeit wie dieser? Gern würde ich Sie in einem persönlichen Gespräch überzeugen: 0172/3652736 oder simi-1@gmx.de

Dresden, Rechtsanwaltsfachangestellte, 25 Jahre alt.

Ich habe meine Ausbildung zur Refa in einer kleinen Kanzlei „Sehr gut“ abgeschlossen und arbeite derzeit in ungekündigter Stellung als Refa in Vollzeit in einer Dresdner Kanzlei.

Zum nächstmöglichen Zeitpunkt möchte ich in 30 Wochenstunden meine Fachkenntnisse im Mahnwesen, Kostenrecht und in der Zwangsvollstreckung in einer Einzelkanzlei oder in der Rechtsabteilung eines Unternehmens in Dresden vertiefen.

Bei Interesse sende ich Ihnen gerne meine Bewerbungsunterlagen per E-Mail zu. Tel: 01722464909; Mail: annika.luehl@gmail.com

Hochmotivierte, verantwortungsbewusste Rechtsanwaltsfachangestellte (33) mit langjähriger Berufserfahrung in einer internationalen Wirtschaftskanzlei sucht ab Januar 2013 nach der Elternzeit einen neuen Wirkungskreis in Chemnitz und Umgebung. Neben meinen berufstypischen Kenntnissen verfüge ich über vertieftes Wissen im Bereich Markenrecht. Dennoch bin ich gern bereit, mich in andere Aufgabengebiete schnell einzuarbeiten. Ich unterstütze Ihre Kanzlei gern in Teilzeit (30h/Woche) und freue mich auf Ihre Kontaktaufnahme mit mir unter 0162/ 4236927.

Ich (27 J.) suche im Raum Leipzig eine selbstständige und verantwortungsvolle Tätigkeit als **RA-Fachangestellte**. Umfangreiche Kenntnisse in den Bereichen Mahnwesen, ZV, Kostenrecht und Buchhaltung sind vorhanden. Seit Mitte 2012 absolviere ich die Weiterbildung zur Geprüften Rechtsfachwirtin.
Kontaktaufnahme unter: refa.leipzig@gmail.com

Alle Leistungsbestandteile der RAK-Kombi-Anwaltssignaturkarte im Überblick:

Vorderseite mit Chip für die digitale Signatur

Rückseite mit Feld für die Unterschrift

- Schnelle und unbürokratische Beantragung bei der RAK Sachsen
- Modernes innovatives Kartenprofil mit folgenden Leistungsbestandteilen:
 - Kombination von amtlichem internationalem und nationalem Anwaltsausweis
 - mit dem verfahrensrechtlich erforderlichen Berufsattribut „Rechtsanwalt“/ „Rechtsanwältin“
 - und Chip für qualifizierte elektronische Signatur (höchstpersönliche Unterschrift digital)
- Ausstattungspaket mit Kartenlesegerät und Software inklusive
- Kompatibel mit den gängigen Kanzleisoftwaressystemen und Justizanwendungen

Das RAK-Kombi-Anwaltssignaturkartenpaket:

- RAK-Anwaltssignaturkarte
- Sign-it Software zum Signieren und Verschlüsseln von Dokumenten und E-Mails
- Kartenleser Klasse 2 (Musterillustration, Original kann abweichen)

So unkompliziert funktioniert die Bestellung der Signaturkarte:

- ① Online-Bestellung unter www.rak-sachsen.de
- ② Übermittlung der geprüften und bestätigten Daten an den DSV
- ③ Erstellung der Ausweiskarte inklusive Signaturpaket
- ④ Versand an den Rechtsanwalt

Geschäftsstelle der Rechtsanwaltskammer Sachsen

Anschrift:
Atrium am Rosengarten
Glacisstraße 6
01099 Dresden

Telefon: +49 (0)351 318 59 0
Telefax: +49 (0)351 336 08 99
E-Mail: info@rak-sachsen.de
Internet: www.rak-sachsen.de

Rechtsanwältin
Jacqueline Lange, LL.M.
Geschäftsführerin,
0351-31859 26

Rechtsanwältin
Jana Frommhold
Geschäftsführerin,
in Elternzeit

Rechtsanwältin
Kathrin Trinks
Referentin,
Berufsrecht/Beschwerden,
Vermittlungsv./Fortbildung
0351-31859 30

Rechtsanwältin
Diana König
Referentin,
Berufsrecht/Beschwerden,
Juristenausb./Zulassung A-L
0351-31859 43

Rechtsanwältin
Stefanie Lembke,
Referentin,
Berufsrecht/Beschwerden,
Berufsbildg./Fachanwaltsch.
0351-31859 28

Rechtsanwalt
Tobias Grund,
Projekt „refaQ“
0351-31859 31

Roswitha Chlubek
Sekretariat,
Fachanwaltschaften
0351-31859 21

Silke Keil
Sachbearbeitung/
Zulassung A-L
0351-31859 25

Kerstin Müller
Sachbearbeitung/
Zulassung M-Z
0351-31859 29

Kathleen Kretzschmar
Sachbearbeitung/
Ausbildung, Referendaraus-
bildung, Beratungsstellen
0351-31859 27

Britta Uhlmann
Sachbearbeitung/
Fortbildung,
0351-31859 44

Manuela Jurowiec
Sachbearbeitung/
Beschwerden, Empfang
0351-31859 11

Heike Liebisch
Sachbearbeitung/
Beschwerden, Empfang
0351-31859 40

Daniela Hielscher
Buchhaltung,
Anwaltsausweise
0351-31859 23

Redaktionsschluss „KAMMERaktuell“ 01/ 2013: 18.Januar 2013

IMPRESSUM

KAMMERaktuell
Informationen der Rechtsanwaltskammer Sachsen

Herausgeber: Rechtsanwaltskammer Sachsen, Glacisstraße 6, 01099 Dresden
Tel.: +49 (0)351 318 59 0
Fax: +49 (0)351 336 08 99
E-Mail: info@rak-sachsen.de
Internet: www.rak-sachsen.de

Druck: Belzing Druck GmbH - www.druckereibelzing.de

Mitglieder der Rechtsanwaltskammer Sachsen erhalten „KAMMERaktuell“ im Rahmen ihrer Mitgliedschaft.

Seminare der RAK Sachsen 2013

Das neue Seminarangebot der
Rechtsanwaltskammer Sachsen
für Rechtsanwälte und
Kanzleimitarbeiter finden
Sie im **Seminarkatalog 2013**,
der dieser Ausgabe von
KAMMER aktuell als
Extraheft beiliegt.